

VORAN

Zeitung der
SAW
Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

VORAN Nr. 202 Februar 1999

Tarifrunde 1999

Ran an die

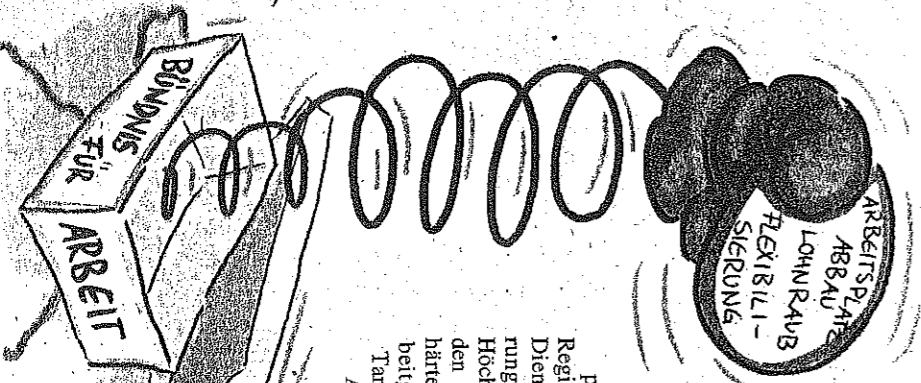
PROFITEN

Streikern für höhere Löhne!

Gleich mehrere Tarifrunden überschneiden sich in diesem **Frühjahr**. Die Metallbosse begannen die Verhandlungen mit einer Provokation. Ihre Forderung nach Gewinnabhängigkeit bei Löhnen ist der Versuch die Metaller zu spalten und die in der sich abzeichnenden Rezession erwarteten Gewinnrückgänge durch Lohnkürzungen reinzuholen.

Ursel Beck, Köln

Auf welcher Seite steht die Regierung in der Tarifrunde? Die SPD verdankt ihre Regierungsbildung den Wählerstimmen aus der Arbeiterschaft. Das hindert sie aber nicht daran, ihre Politik an den Interessen zu orientieren. Es ist keine Rede mehr davon, die von der Kohl-Regierung verschlechterten Regelungen beim Paragraph 116 AFG rückgängig zu machen. Das bedeutet, daß die Schröder/Rieser-Regierung es zulassen will, daß im Falle eines Tarifkampfes „kalt“ Aussperrte kein Kurzarbeitergeld erhalten. Anstatt die von den Reichen geplünderten Staatskassen durch Steuererhöhungen auf Profite und Vermögen aufzufüllen, betreibt sie in der Tarifrunde das Spiel der „leeren Kassen“ weiter. Das Handelsblatt hat errechnet, daß die Angaben von Lafontaine in seinem Stabilitätsbericht an die EU-Kommission auf Tarifabschlüssen von ca. 2,5 Prozent hinauslaufen. Schilly droht damit, daß bei der anstehenden Durchsetzung der ÖTV-Forderung von 5,5 Prozent noch stärkerer Arbeitsplatzabbau als ohnehin schon geplant, erfolgen wird. Der von der Regierung propagierte Abbau von Überstunden zur Schaffung von Arbeitsplätzen wird von derselben Regierung für den öffentlichen Dienst abgelehnt. Der Forderung der -ÖTV nach einer Höchstarbeitszeit von 45 Stunden in der Woche „ist auf den härtesten Widerstand der Arbeitgeber gesiebt“ (ÖTV-Tarif vom 11.11.98). Das Arbeitgeberlager im öffentlichen Dienst, das sind die SPD-dominierten Regierungen in Bund, Ländern und Gemeinden, verlangen für den öffentlichen Dienst völlige Flexibilisierung der Arbeitszeit und Abschaffung von Überstundenzuschlägen.



Fakten!

Der Nettoanteil der abhängige Beschäftigten am Volkseinkommen (Nettolohnquote) lag 1997 auf dem historischen Tiefstand von 41,9 Prozent. Die Gewinnquote, bei 26,3 Prozent.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)
Von 1991 bis 1997 sind die Nettogewinne um 47,6% gestiegen, die Reallohn um 7,8% gesunken und gleichzeitig wurden 2,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)
In Ostdeutschland liegen die Nettoeinkommen im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche bei einer um 5% längeren Arbeitszeit nur bei 85 Prozent des Westlohns.
Wäre der Anteil der Unternehmenssteuern am gesamten Steueraufkommen noch so hoch wie 1980, wären 100 Milliarden Mark mehr in den Staatskassen (Quelle: WSI).

Keine faulen Kompromisse

Die Gewerkschaftsführung hat der Umverteilungspolitik zu Gunsten der Unternehmer in den 80er und 90er Jahren nicht die Kampfkraft der Mitgliedschaft entgegen gesetzt. Mehr noch: der gewerkschaftliche Grundsatz, wonach Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft, wurde mit der „Bündnis-für-Arbeit-Politik“, über Bord geworfen. Das Ergebnis war fatal: massive Arbeitsplatzvernichtung und gleichzeitig die höchsten Reallohnverluste in der Nachkriegszeit.

Für den Erhalt der 100prozentigen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat die Gewerkschaftsführung in der vorletzten Tarifrunde in acht verschiedenen Tarifbereichen den Unternehmen Urlaub- und Weihnachtsgeld im Gesamtwert von 15 bis 20 Milliarden jährlich hinterhergeschmissen. Die IGM-Metall hat 1997 ohne Kampf einen faulen Kompromiß bei der Altersteilzeit abgeschlossen und dabei ihre Unterschrift unter die Beibehaltung der 35-Stunden-Woche bis

Unser Programm:

- ★ Die beschlossenen Forderungen sollten das Minimum sein, was durchgesetzt werden muß. Angemessen wären 500 Mark Festgeld für alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und volle tarifliche Gleichstellung der Ost-Kolleginnen.
- ★ Aufkündigung des „Bündnis für Arbeit“ durch die Gewerkschaften
- ★ Rücknahme der Verschlechterung des Paragraphen 116 AFG durch die Bundesregierung
- ★ Gemeinsamer Kampf von IGM, ÖTV, HBV und aller anderen Gewerkschaften, die gleichzeitig in der Tarifausseinandersetzung stehen
- ★ Regelmäßige Vertrauensleute- bzw. Mitgliederversammlungen zum Stand der Tarifrunde.
- ★ Demokratische Entscheidung für Forderungen und Kampfmaßnahmen
- ★ Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik.
- ★ Nein zu Schlichtungsverhandlungen.
- ★ Kein Tarifabschluß ohne mehrheitliche Zustimmung in einer Urabstimmung

Blockadepolitik von Unternehmen und Bundesregierung muß Grund genug sein, daß die Gewerkschaften die „Bündnis-für-Arbeit“-Politik endgültig für gescheitert erklären, ihre Beteiligung daran einstellen und endlich dazu übergehen, den gewerkschaftlichen Kampf gegen Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung, Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau zu führen. Eine Kehrtwende der Gewerkschaften wird aber nur dann stattfinden, wenn sie durch die Basis erkämpft wird. Die IGM-Führung hat bereits zugestimmt, daß im Osten die 38-Stunden-Woche sowie die niedrigere Entlohnung gegenüber dem Westen weiterestehen und die diesjährige Tarifierhöhung erst mit einem Monat Verzögerung bezahlt wird. Um einen erneuten Ausverkauf zu verhindern, ist es notwendig, daß sich unzufriedene Kolleginnen, oppositionelle Vertrauensleute und Betriebsräte auf allen Ebenen zusammenschließen, Druck organisieren und sich für einen Vollstreik stark machen.

Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne! Kämpft für ein Sozialistisches Europa!

Wir drucken eine gekürzte Fassung der Stellungnahme des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI/CWI) zum Start des Euro:

Eine enorme Öffentlichkeits- und Propagandakampagne und „Euro-phonie“ ging der Einführung des Euro voraus. Es wurde das Bild von einem Europa geschaffen, das durch den Euro in eine Ära des Wachstums und der Stabilität eingetreten sei. Aber dieses Bild ist eine Fälschung, tatsächlich verschlimmert der Euro die ökonomischen Instabilitäten und -Ungleichgewichte der Welt.

Der Euro-Triumphalismus wird durch den sich abbahnenden ökonomischen Abschwung zusammenbrechen. Es war elf EU-Staaten nur möglich den Euro einzuführen, weil der Abschwung der Weltwirtschaft Europa und die USA noch nicht mit voller Stärke getroffen hat.

Niemand kann vorhersagen, wie lange der Euro halten wird, aber die derzeitigen Trends in der Weltwirtschaft arbeiten gegen den Euro, trotz all der oberflächlichen Erfolgsgeschichten über die neue Währung. Der Euro oder die EWU kann wegen der sich widersprechenden Interessen der verschiedenen Nationalstaaten in Europa nicht funktionieren.

Europa schlidert in diesem

Jahr in die Rezession. Der deutsche Kapitalismus - der Anker in der Euro-Zone - wird in diesem Jahr nur ein miserables Wachstum von 1,4 Prozent erreichen und die Lombard Street Research sagt für 1999 für die Euro-Zone ein Wachstum von nur 1,25 Prozent voraus. Solch eine niedrige Wachstumsrate wird zu höherer Arbeitslosigkeit führen und die Staatsmaßnahmen verhindern. Sogar der IWF hat auf die offensichtlich politischen Folgen von mehr Einlassungen und weiteren Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben hingewiesen: „Viele Können in Frage stellen, ob die EWU (Europäische Währungsunion) den Aufwand Wert gewesen ist, wenn sie kein Instrument für mehr Jobs ist.“ Und der Euro ist mit Sicherheit kein Werkzeug für mehr Jobs.

Die kapitalistische Klasse sieht jedoch den Euro als ein Instrument an, das sowohl ihre Position gegen die Arbeiterklasse als auch zu ihren Konkurrenten in den USA, Japan und anderen asiatischen Ländern stärken kann.

Die Einführung des Euro hat die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Kampfes gegen Kürzungen, Niedriglöhne und sogenannte Arbeitsflexibilisierung und für die soziale Verkürzung

Die Alternative zu dem EUROpa der Banken und Konzerne und dem EWU-Projekt ist der Kampf für ein sozialistisches Europa, für ein Europa der Arbeiter.

* Mach mit beim CWI. Sei aktiv im Kampf für internationalen Sozialismus und eine neue Arbeiterinternationale. ■

Die EWU kann wegen der sich widersprechenden Interessen der verschiedenen Nationalstaaten in Europa nicht funktionieren.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI - Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Es ist in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten.

Interview

Voran sprach mit Brigitte Eichberger, 40 Jahre alt, arbeitslos und Aktivistin im Arbeitlosenkomitee in Rostock

Wie bist Du arbeitslos geworden?

Nach der Wende sind viele Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Hab früher im Schlachthof gearbeitet, mit ca. 3000 Beschäftigten. Der Betrieb wurde privatisiert. Heute arbeiten da nur noch 200 oder 300 Mann. Erst wurde rationalisiert, dann privatisiert. Ich hab für 16 Jahre Arbeit 3.000 Mark Abfindung gekriegt. Ich habe schon 1990 kleine Flugblätter gegen Arbeitslosigkeit in die Telefonzellen gelegt. Aber es waren zu wenig. Alleine bringt das nichts.

Wie hat sich Deine Situation durch die Arbeitslosigkeit verändert?

Ich bekomme jetzt Arbeitslosenhilfe, seit einem Jahr, etwas mehr als 500 Mark. Mein Mann verdient zwar noch, aber viel ist das auch nicht. Mal Essen gehen, zum Beispiel, ist nicht mehr drin, bei Klammotten muß man nach Billigklamotten gucken. Meiner Tochter, sie ist jetzt 18, würde ich gerne mehr geben.

Wir waren mal mit Bekannten außerhalb von Rostock zelten, da hat einer gesagt: Die Arbeitslosen sind selber schuld. Ich bin aufgestanden und nach Hause gegangen, fünf Stunden zu Fuß durch die Nacht.

Was denkst Du, wenn Du „Sozialismus“ hörst?

Das stört mich schon ein bisschen. Wir hat in einfach so einen beschissenen Sozialismus gehakt. Die Partei find ich gut, die SAV. Die wollen genau das gleiche wie ich.

Was erhoffst Du Dir von der Regierung?

Nach der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern habe ich bei der SPD in Rostock angerufen und gefragt, was jetzt gegen Arbeitslosigkeit passiert. Die hat in mich nur abgewimmelt. Dann habe ich Gysi persönlich angesprochen, nach einem kleinen Reden. Der sagte nur, die SPD tut nichts, die CDU können sie ganz vergessen. Zur PDS hat er gar nichts



unser standpunkt

Eine Bilanz

Wenn der Anteil der Unternehmenssteuern am Steueraufkommen heute noch so hoch wäre wie 1980, dann hätte der Staat 100 Milliarden DM mehr in der Kasse. Aber Schröder und Fischer und auch Lafontaine wollen nicht ran an die Rekordprofite der Großkonzerne und Banken, die diese in den letzten 16 Jahren aufgehäuft haben. Damit wäre Geld für mehr als nur Mickymaus-Formen vorhanden

Stattdessen übernimmt Lafontaine mit seinem vorgelegten Haushalt für 1999, den die Grünen „aus Überzeugung mittragen“, Wangel's Vorgehen. Von einem Politikwechsel ist nicht mehr die Rede, nur noch von „rot-grünen Akzenten“. Und die sehen so aus, daß eine Reihe von Resorts sogar noch weniger Geld bekommen als im Entwurf der Kohlregierung. Trotz Öko-Gerede wird bei den Umweltausgaben gekürzt. Der Ausverkauf öffentlichen Eigentums wird von Rot-Ordn ebenfalls fortgesetzt. Ein Beispiel dafür ist die Bahn AG, deren Börsengang für das Jahr 2003 vorbereitet wird.

Obwohl sich die neue Regierung angeblich am Abbau der Massenarbeitslosigkeit messen lassen will, geht die Arbeitsplatzvernichtung im Öffentlichen Dienst weiter: 1,5 Prozent der Stellen werden pauschal gekürzt. In Entwurf und Jahreswirtschaftsbericht geht sie weiterhin von einer Rekordarbeitslosigkeit von 4,1 Milliarden aus. Die Regierung glaubt ihrem eigenen Gerede vom Abbau der Massenarbeitslosigkeit gar nicht.

Die Jugendarbeitslosigkeit soll mit einem „Sofortprogramm“ bekämpft werden, das jetzt wirksam angelaufen ist. Die zwei Milliarden DM, die dafür bereitgestellt werden, sind allerdings zum großen Teil für Lohnkostensenkungen an Betriebe vorgesehen, die arbeitslose Jugendliche einstellen. Das heißt es geht um eine Subventionsprogramm für Unternehmer. Es besteht die Gefahr, daß so reguläre Arbeitsverhältnisse durch subventionierte Arbeitsplätze ersetzt werden. Der Ausbildungsnotstand wird dadurch nicht behoben. Wie die alte Regierung verfährt sich die neue auf jedes Jahr wieder gehrochene Versprechungen der Arbeitgeber, ausreißend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. 940.000 Ausbildungsplätze sind laut IG Metall notwendig. Nur 625.000 sind 1998 angeboten worden. Von einer Umlagefinanzierung, bei der nicht ausbildende Betriebe zur Kasse gebeten werden und die SPD und Grüne in der Opposition noch vertreten haben, wollen die neuen Herren in Bonn jetzt nichts mehr wissen. Auch die Abschaffung der Billigjobs, die sie vor dem Wahltag versprochen haben, wurde nicht umgesetzt.

Die Zahl der Abtreibungen ist nach Einführung des Medikaments in Frankreich nicht angestiegen. Daran wird deutlich, daß eine Abtreibung mit RU 486 Frauen nicht ermuntert abzutreiben. Die Einführung von RU 486 ist in Deutschland längst überfällig. Da es damit eine Alternative zum chirurgischen Schwangerschaftsabbruch gibt, muß sie Frauen zugänglich gemacht werden.

Streit um

Abtreibungs-Pille RU 486

Durch die Hintertür versuchen die katholische Kirche, Unionspolitiker und Abtreibungsgegner eine neue Grundsatzdebatte über das Recht auf Abtreibung zu initiieren.

Daniela Heipel, Kassel

Der Kölner Erzbischof Joachim Meisner meint, die Abtreibungspille RU 486, sei für ihn ein „chemisches Tötungsinstrument“, das mit Zyklon B - dem Auschwitz-Gas - das zum Massenmord an den Juden benutzt wurde - zu vergleichen sei. Damit hat die katholische Kirche wieder demonstriert, daß ihr in ihrem Kampf gegen das Recht auf Abtreibung und für den Aufbau moralischen Drucks auf Frauen, die sich für eine Abtreibung entschließen, kein Ver gleich zu geschmacklos ist.

Mit der Abtreibungspille würden Frauen, die sich für eine Abtreibung entschieden haben, neben dem chirurgischen Eingriff ein alternatives Verfahren, der chemische Eingriff, zugänglich gemacht werden. Welche Methode für sie die bessere ist, muß jede Frau für sich selber

Von der Ökosteuern wird kein Pfennig für den ökologischen Umbau ausgehen. Während die Industrie keine oder nur verminderte Steuer ersätze zahlen soll, werden die Fahrpreise bei Bus und Bahn durch die „Ökosteuern“ steigen. Damit schadet diese Steuer sogar der Umwelt. Bei den meisten Unternehmen gleichen die gekürzten Lohnnebenkosten die Ökosteuern mehr als aus. Bei den meisten Arbeitnehmerinnen und bei allen Arbeitlosen und Rentnerinnen ist es umgekehrt.

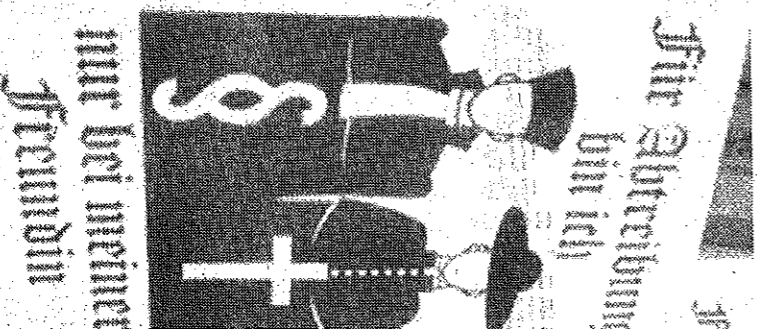
Die Grünen haben sich in der Opposition anti-ökologische, antirassistische und antimilitaristische Partei präsentiert. Jetzt betwortet Fischer Kampfeinsätze der Bundeswehr. Tritin will wieder Castortransporte vorziehen und selbst die ehemalige Bundesbürger „Verständnis“ für die Bombenangriffe auf die Bevölkerung in Bagdad. Einen Sinneswandel erlebt auch gerade Lafontaine, der noch vor kurzem die Gewerkschaftsparole vom „Ende der Beschäftigtenunterstützung und eine Steigerung der Massenkaufkraft gefordert hat. Jetzt will er die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst weit auf Diät setzen.

Die rassistische Politik und Propaganda der alten Regierung wird von der neuen fortgesetzt. Täglich werden auch weiterhin Millionen in Folterstaaten abgeschoben. Schickanhart mit rassistischen Sprüchen. Selbst Gesandtschaften zur Doppelten Staatsbürgerschaft, die für einen Teil der hier lebenden AusländerInnen eine Verbesserung darstellen kann, enthält neue Spaltungslinien wie der Ausschuß von Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden von der Regelung. Nicht zu recht verweist die CDU darauf, daß der Vertrag „in Sprache und Inhalt“ auf ihr Vorstellungen einget.

Diese Regierung wird unsere Probleme nicht lösen. Sie bekommt Druck von den Unternehmen und Rechten und gibt diesen bereitwillig nach. Die Banken und Konzerne benutzen die ökonomische Macht um ihre Interessen gegen die Interessen und den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Deshalb müssen sie entmacht und in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung überführt werden.

Wir brauchen eine Partei, die nur die Interessen der Masse der Bevölkerung und nicht „Logik“ des Kapitalismus als Sachzwänge erkennt. Eine solche Partei, eine sozialistische Arbeiterpartei, baut die SAV auf.

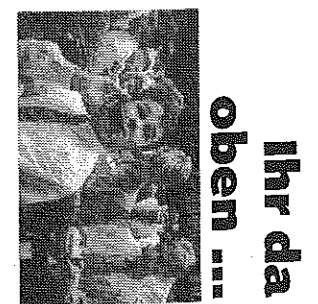
Köln, 21.1.99



Wir bei mir

Unterschied zwischen männliche Fötus war 40. Tag „besselt“ nach dem 80. Tag. Ab Tag sprach sie von Tötung Staat und Kirche sollten aus dem Frauenbauch halten. Die Abtreibungspille

Konsens ist Nonsens AKW's abschalten - sofort!



Ihr da oben ...

Unglaublich aber wahr

Seit Monaten werden immer neue Fälle von Betrug und Vertuschung innerhalb der EU-Kommission bekannt:

Bei verschiedenen Projekten, darunter zur humanitären Hilfe und für Atomsticherheit in Osteuropa, verschwanden Millionenbeträge in dunklen Kanälen. Der Leiter eines der Projekte wurde trotzdem noch zum stellvertretenden Generaldirektor befördert. Zwei Geschäftsmänner aus Belgien wurden im Sommer vergangenen Jahres zwecks Einschüchterung mißhandelt, weil sie über illegale Beschäftigungspraktiken der Kommission und privater Firmen ausgesagt hatten. Ehefrauen und andere Angehörige der Kommissare wurden als gebührende Mitarbeiter der Behörde eingestuft. Ein Beamter, Paul van Buitenen, ließ dem Europäischen Parlament ein Dossier unter dem Titel „Wie die Europäische Kommission mit ihren internen Unregelmäßigkeiten und Betrug umgeht“ zukommen. Auf 34 Seiten zählt er akribisch eine Reihe von Skandalen auf, bei denen die zuständigen Kontrollbehörden trotz (oder gerade wegen) Kennnis der Betrügereien mehr oder weniger untätig blieben. Darunter auch der Fall eines Beschäftigten, der „pädagogisches Material“ auf seinem Computer gespeichert hatte. Eben dieser Beamte wurde durch die EU-Kommission vom Dienst suspendiert. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments standen in der Mißtrauens-Abstimmung Anfang Januar trotz aller Skandale mehrheitlich in Treue fest zu dieser EU-Kommission. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich schon vor der Abstimmung für die Skandal-Kommission stark gemacht: „Ich brauche dazu eine stabile Kommission.“ (Gemeint war die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.) Für Deutschland sitzt übrigens neben dem FDP-Mann Martin Bangemann die Sozialdemokratin und Ex-ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies in der EU-Kommission.

zur Wiederaufbereitung ins Ausland transportiert. Die Wiederaufbereitung vervielfacht das Volumen des angereicherten Atomnülls auf das 20fache. Die sogenannten Recyclingprodukte sind das aus dem Atomnüll abgetrennte und wiederaufbereitete hochradioaktive Uran und Plutonium. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren. (Das heißt, nach diesem Zeitraum ist erst die Hälfte dieses Materials zerfallen).

Gefährlich

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 war der bisher größte Atomunfall. 500 Mio. Menschen waren von der freigesetzten Radioaktivität betroffen. Nur viel Glück verhinderte in Tschernobyl noch schlimmeres. Wer garantiert, daß es beim nächsten Mal nicht zum sogenannten „Super-GAU“ kommt?

Auch in deutschen Atomneulern sind Störfälle an der Tagesordnung. Immer wieder müssen Anlagen aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden.

Aber auch

der stillen Betreib eines Atomkraftwerkes ist gefährlich, da jedes AKW Strahlung an die Umwelt abgibt. Saubere Atomkraft? Ein Teil des Atomnülls wird in den Atomkraftwerken selbst gelagert. Die Kapazitäten dort sind begrenzt. Die Castor-Transporte sollen einen Teil des strahlenden



Strahlensopfer der Reaktorexpllosion von Tschernobyl

Bewegung entstanden. Ihre Hauptforderung war der sofortige Ausstieg aus der Atomkraft und die Förderung alternativer Energien. Statt Konsens-Gesprächen mit der Atom-Mafia ist der sofortige Ausstieg aus der Kernkraft nötig. Jeder Tag

Mülls in sogenannte Zwischenlager (in Deutschland: Ahaus und Gorleben) bringen. Ein Endlager existiert auf der ganzen Welt nicht. Über 4.000 Tonnen hochradioaktive Brennelemente wurden bislang

die Nationalsozialisten, legte bis vor kurzem die Gebiets- und Versorgungsmonopole fest.

Energiekonzerne in Gemeineigentum

Warum beharren die Energiekonzerne auf Atomkraft? Ganz einfach: In keinem anderen stromerzeugenden Bereich machen sie so hohe Gewinne. Über 8 Milliarden DM Gewinn erwirtschaften die Atomriesen jährlich.

Klimafeindlich

Die Atomlobby präsentiert die Kernkraft als Mittel gegen den Treibhauseffekt. Würden die vielen Milliarden DM die bisher in die Atomenergie gesteckt wurden, in erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Wasser) und Energiesparmaßnahmen investiert, dann könnten Kohlendioxid-Ausstoß und Energieverbrauch massiv reduziert werden.

Die Konsensgespräche von Regierung und Unternehmen werden nicht zum sofortigen Atomausstieg führen. Die Stromindustrie schlachtet nicht freiwillig ihren Goldesel. Im Interesse von Profiten wird weiter das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel gesetzt. Ein Ende dieser Energieform kann nicht mit, sondern nur gegen die Atomindustrie durchgesetzt werden. Die Antwort auf das Treiben dieser Konzerne kann nur sein: Die gesamte Energiewirtschaft muß in Gemeineigentum überführt werden. An Entschädigung braucht überhaupt nicht gedacht zu werden, denn erst mal müssen die Atomkonzerne für alle von ihnen verursachten Ausgaben zur Kasse gebeten werden. Dazu zählen die Subventionen, die Kosten für die Polizeinsatzkräfte von Wackersdorf bis Gorleben und die Kosten, die kommenden Generationen für die Endlagerung des Atomnülls aufbringen müssen.

Geschichte

Die sogenannte „friedliche Nutzung der Kernenergie“ läßt sich von ihrem militärischen Ursprung nicht trennen. Historisch gesehen sind Atomkraftwerke Abfallprodukte aus der Entwicklung der Atombombe. Die ersten Atomreaktoren in den USA und der Sowjetunion wurden ausschließlich für militärische Zwecke gebaut - um waffenfähiges Material zu erhalten.

In Deutschland wurde die Macht der Atomkonzerne (damals wie heute die Energie-riesen RWE, VEBA, VIAG und andere) 1935 gelegt. Das Gesetz „Zur Wehrhaftmachung der deutschen Wirtschaft“, so die damalige Namensgebung durch

Jörn Kropf, Hamburg

Walsers-Debatte und Holocaust-Mahnmal

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Der Schriftsteller Martin Walsers hat es in seiner Dankrede zur Verleihung des Friedenspreises beschrieben, wenigstens sehr wolkig; aber das haben Gespenster ja an sich, daß sie schlecht zu fassen sind. „Instrumentalisierung von Auschwitz“ könnte es heißen.

Ständig wurden die Deutschen mit Auschwitz und den Verbrechen des Naziregimes unakner. Martin Walsers jedenfalls kann „irgendwas mehr hinschauen, ohne von einer Beschuldigung attackiert zu werden“. In den Medien ist eine Routine des Beschuldigungs entstanden. Man fragt sich, welche Medien er sich zu Gemüte führt. Walsers steht sich umzusehen von „Meinungscollegen“, die „mit verschäuterten Moralpistolen den Schriftsteller in den Meinungsdiens drängen“. Diese „Dauerrepräsentation unserer Zuschauer“ nervt ihn, deswegen „fange ich an wegzuschauen“.

Walsers hat auch Motzforschung betrieben und ist „fast froh, wenn ich glaube entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessenstufen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“.

Einen gegenwärtigen Zweck hat er schon entdeckt: das in Berlin geplante Mahnmal des Holocaust, für Walsers die „Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem Fußballfeldgroßen

Alptraum“, die Monumentalisierung der Schande. Drückt sich Walsers noch mit dichterischer Wolkigkeit aus, so greift SPIEGEL-Herausgeber und Meinungsstrolcher Rudolf Augstein seine Grundgedanken schon pointierter auf. Auch er sieht allenthalben „roumierte Reueckundungen, die vor allem den Fernsehsehern an zu vielen Abenden dargeboten werden.“ (Kommentar SPIEGEL 4/9/98) Mit Bezug auf den Mahnmal-Entwurf des US-Architekten Eisenmann erörtert er sich, dieser sei „eine Absege an die allmählich wiedergewonnene Souveränität unseres Landes. Man kann uns nicht von außen diktiert, wie wir unsere neue Hauptstadt in Erinnerung an die Vergangenheit gestalten“. Man ahnt, das dieses Schandmal gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist. Man wird es aber nicht wagen, mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltssektor (gemeint sind die Anwälte jüdischer Holocaust-Opfer, die Entschädigungszahlungen fordern) die Mute Berlins freizuhalten von solch einer Monstrosität: „Um dann seufzend Konrad Adenauer zu zitieren: „Das Weltudentum ist eine große Macht.“

Und außerdem: „Man würde unangenehmen Boden mit Antisemitismus düngen, wenn den Deutschen ein steinernes Brandmal aufgezungen wird.“ Verwirrlichen wir ihn (den Entwurf), so schaffen wir Antisemitismus, die „vielleicht sonst keine wären...“ Sicher, nach dieser vergnügten Logik sollte man ja auch keine Ausländer mehr ins Land lassen, damit sie keinen

Rassismus verursachen.

Man könne kaum deutlicher ausdrücken, was hinter der Mahnmal-Debatte steckt: es geht weniger um künstlerische und architektonische Ausdrucksformen als darum, daß dieses Mahnmal zu einem Zeitpunkt in Aufruf gegeben wurde, als Wiedervereinigung und „ungewonnene Souveränität“ nicht abschbar waren. Doch jetzt stört es außerordentlich, zumal es mitten in der Stadt in einer Damention geplant ist, daß man es nicht übersehen, nicht „wegschauen“ kann. Dann doch lieber am Stadtrand. Und überhaupt: Haben wir nicht schon genug Gedenkstätten? Oder wein schon in der Stadtmitte, dann wenigstens etwas gefälliger arrangiert mit Ausstellungsräumen und Büchervand, und keine „Monumentalisierung der Schande“. Es sind Schande und Verbrechen der deutschen herrschenden Klasse, die sie im Herzen ihrer neugewonnenen Hauptstadt nicht aussgestellt sehen möchte. Es waren die Banker und Industriellen, die Hitler finanziert und die Macht gebracht haben.

Bei den Debatten um Holocaust-Mahnmal und Walsers-Rede geht es darum, das öffentliche Klima für ein neues Selbstverständnis der wiedervereinigten, künftigen Berliner Republik zu schaffen. Schlußstrich unter die Vergangenheit, neue Souveränität. Normalität einer ganz gewöhnlichen Großmacht, die sich gerade ansieht, auch politisch und militärisch wieder zum „Global Player“ zu werden.

Angela Bankert, Köln

Mach es selbst

Selbstbetätigung und mehr Eigeninitiative sind gefragt, wenn es um Kostendämpfung im Gesundheitswesen geht.

Die Barner Ersatzkasse veröffentlichte in einer ihrer letzten Mitteilungszeitungen einen Artikel über das Thema Selbstmedikation. Ein Arztbesuch sei nicht immer nötig, auch der Apotheker könne einen ja auch gut beraten. Ein Besuch in der Apotheke lohnt sich dann allein wegen der vielen interessanten Krankengeschichten, die die Patienten dem Apotheker an der Ladentheke erzählen. Vielleicht entwickelt sich ja auch ein reger Erfahrungsaustausch unter den Kunden zum Thema „Versuch und Irrtum“ bei der Selbstmedikation.



Wir

Gegen Dumping-Löhne!

Erfolgreicher Kampf in Aachener High-Tech-Unternehmen

Die Firma, in der ich arbeite, ist ein typisches High-Tech-Unternehmen. Die Angestellten werden weit unter Tarif bezahlt, ein Techniker erhält beispielsweise als Einstiegsgehalt DM 3800 brutto, das ist fast DM 1000 unter IGM-Tarif.

Ein Mitglied der Tarifkommission

Es werden massenhaft unbezahlte Überstunden geleistet. Der Arbeitsdruck ist enorm. Arbeitszeit von 10 oder 11 Stunden sowie Arbeit am Wochenende sind für viele Mitarbeiter die Regel. Dieses krasse Missverhältnis von tatsächlich geleisteter Arbeit und schlechter Bezahlung sowie die patriarchalische Führung des Betriebs sind die Gründe für den Unmut, der sich unter den Beschäftigten gebildet hat.

Bewegung der Techniker

Anfang 1997 wurde von der Gruppe der Techniker eine verbindliche Gehaltsstruktur, verbunden mit einer deutlichen Erhöhung der Bruttoblöcke, gefordert. Es gab zu diesem Thema mehrere Betriebsversammlungen, die von jeweils 40-50 KollegInnen (von 80 Technikern) besucht wurden. Zuerst wurde ein Verhandlungsvorschlag ausgearbeitet, der sich immer noch deutlich unterhalb des IGM-Tarifs bewegte. Trotzdem wurde unser Vorschlag von der Geschäftsleitung als „Unverschämtheit“ zurückgewiesen. Ende Juni 98 traten ca. 50 TechnikerInnen der IG Metall bei, um so Druck auf die Geschäftsleitung auszuüben. Gleichzeitig wurde auf einer weiteren Betriebsversammlung die Forderung nach einem regulären Tarifvertrag aufgestellt und eine Tarifkommission gewählt. Insgesamt war die Stimmung sehr aufgekratzt, eines der heißesten Diskussionsthemen war, welche Erfolgsaus-

sichten unsere kleine Gruppe im Fall eines Arbeitskamps hätte. In den folgenden Monaten versuchte die Geschäftsleitung die TechnikerInnen durch endlose Verhandlungen hinzuhalten, um so die Bewegung totzureiten. Gleichzeitig wurde versucht, die Gruppe der Techniker zu spalten, indem einzelne KollegInnen zu sogenannten „Senior-Technikern“ ernannt wurden; eine Gehaltszulage von mehreren hundert DM monatlich erhielten. Diese Versuche wurden von uns allerdings klar durchschaut.

Die Haltung der Kollegen ändert sich

Am Anfang war die Auseinandersetzung um eine Tarifstruktur und die Diskussion darüber nur auf die relativ kleine

Dialog zwischen einem der Geschäftsführer und dem Pförtner nach dem „Verschwinden“ der Kollegen:

G: Sagen Sie mal, wo sind denn die ganzen Leute hin?
P: Die sind nach Hause gegangen, ihre Überstunden abfeiern.
G: Ja, warum haben Sie die Leute denn nicht aufgehalten?
P: Hören Sie, ich arbeite ja sonst in der Justizvollzugsanstalt, da kann ich Leute aufhalten. Aber hier doch nicht!

und ob man „so etwas nicht auch für die Ingenieure“ machen könnte. Diese Entwicklung war einer der wichtigsten Faktoren für den Erfolg der Techniker. Die Geschäftsführung konnte nicht mehr darauf rechnen, daß die Ingenieure den Technikern gegebenenfalls in den Rücken fallen würden. Stattdessen deutete sich ein Übergreifen der Bewegung auf die Ingenieure an.

Wendepunkt

Neun Monate lang hatte die Geschäftsführung ihre alte Taktik angewandt: Hinhalten, Aussetzen, die KollegInnen in endlosen Verhandlungen zermürben, um schließlich ein „großzügiges“ Angebot vorzulegen, das dann widerspruchsfrei angenommen würde. Letzteres versuchten Sie dann

auch. Ein Angebot wurde vorgelegt, das als nicht verhandelbar bezeichnet wurde. „Nicht verhandelbar“ schien dieses Angebot auch den KollegInnen, die sich zu einer spontanen Kundgebung vor dem Werkstor versammelten und anschließend beschlossen, gemeinsam einen Teil der aufgetauten Überstunden abzufeiern. Diese Aktion stellte den entscheidenden Wendepunkt dar. Unsere bisherigen vagen Drohungen mit

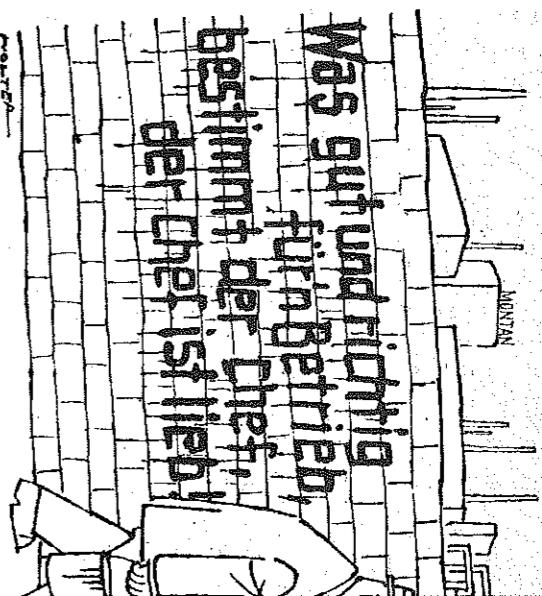
Kampfmassnahmen - wir waren uns selbst ja auch nicht sicher, wie hoch unsere Kampfkraft im Ernstfall wäre - waren bisher nicht ernst genommen worden. Jetzt hatten wir zum ersten mal deutlich gemacht, daß wir es ernst meinen. Für die Geschäftsleitung war das ein Schock. Berichten zufolge soll sich nach dem „Verschwinden“ der Techniker folgender Dialog zwischen einem der Geschäftsführer (G) und dem diensthabenden Pförtner (P) abgespielt

haben:
G: Sagen Sie mal, wo sind denn die ganzen Leute hin?
P: Die sind nach Hause gegangen, ihre Überstunden abfeiern.
G: Ja, warum haben Sie die Leute denn nicht aufgehalten?
P: Hören Sie, ich arbeite ja sonst in der Justizvollzugsanstalt, da kann ich Leute aufhalten. Aber hier doch nicht!

Für Mitte November war die Feier zum 20-jährigen Firmenjubiläum angesetzt. Alle erreichbaren Größen aus Politik und Wirtschaft waren eingeladen - nur nicht die KollegInnen und Kollegen, die sollten an diesem Tag weiter arbeiten. Vor diesem Hintergrund machte einer der Kollegen die Bemerkung, daß „die Mitarbeiter jetzt darüber nachdenken, wie sie die 20-Jahr-Feier für sich begehen sollen“. Der Effekt war erstaunlich. Einer der Geschäftsführer wurde blaß und sagte nichts, der zweite brachte nur das Wort „Eipressung“ heraus, der dritte schielte: „Wenn Sie das machen - wenn Sie die 20-Jahr-Feier dann sagen wir die 20-Jahr-Feier ab“. Anschließend erlebten wir, wie vier Mitglieder der Geschäftsleitung das Sitzungszimmer verließen, lautstark diskutierend, wie man die Feier auf die Schnelle noch abblasen könne.

Ergebnisse

Was 10 Monate lang nicht möglich gewesen war, kam jetzt innerhalb von vier Wochen zustande: Eine Betriebsvereinbarung über eine Gehaltsstruktur für die Techniker. Natürlich hätten viele Kollegen einen regulären Tarifvertrag vorgezogen. Dies hätten wir aber nur mit einem Arbeitskampf durchsetzen können, über dessen letzte Erfolge aussieht die Mehrzahl der Kollegen skeptisch war. Für mich persönlich würde die Vereinbarung eine Verbesserung von 3.900 DM brutto auf 4.100 bis 4.300 DM bedeuten. Das liegt immer noch deutlich unterhalb des IG Metall



Tarifs, aber verglichen mit der Ausgangslage stellt es einen deutlichen Fortschritt dar. Vor allem haben wir es geschafft, mit der „Tradition“ aufzuräumen, daß Gehälter und Arbeitsbedingungen ausschließlich in individuellen Verhandlungen festgelegt werden. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, daß Solidarität und gemeinsames Handeln unerlässlich sind, und daß wir in der Lage sind, Erfolge zu erzielen. Auf dieser Basis wird es wesentlich leichter sein, weitere Schritte zur Verbesserung unserer Situation im Betrieb zu unternehmen. Wenn

Lohnabzug zum neuen Jahr

Für die Angestellten bei Bund und Ländern war haltsabrechnung im Januar eine böse Überraschung. Seit den 70er Jahren müssen sie sich wieder an der Zusage VBL beteiligen. 1,25 Prozent des Bruttogehalts müssen jetzt monatlich der Zusatzversorgungskasse embezahlt werden. Die Beiträge über DM 175 müssen zusätzlich von den Beiträgen versteuert werden und sind voll sozialversicherungspflichtig. Meine KollegInnen haben dadurch 40 bis weniger im Monat Verzicht auf diese Vorschläge in der Tarifrunde 1998. Daran hieß es: „die Beiträge kommen erst in Jahren“. Denke. Unsere Wut darüber ist groß. Wir müssen jetzt also zeigen die Verhältnisse durch die Tarifrunde 1999 weiterzuleben.
Kolger Dröge, Krankenkopfgeschützer, ÖTV-Mitglied

Der ÖTV-Spitze Dampf machen

Interview mit Steffi Nitschke, ÖTV-Vertrauensfrau im Klinikum Kassel, Unterstützerin des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“.

VORAN: Was sind Deine Erfahrungen bei der Aufstellung der diesjährigen Tarifforderungen?

Bei dem Beschluß der Großen Tarifkommission ist kaum noch etwas von dem übriggeblieben, was wir im Betrieb gefordert haben. Aber leider ist das nicht nur die Erfahrung in dieser Tarifrunde. Besonders ärgerlich ist auch, daß sich wieder mal eine Prozentforderung durchgesetzt hat. Im Klinikum Kassel fordern wir schon seit Jahren Festbeträge, um die unteren Lohngruppen anzuhaken. Aber immerhin forderten dieses Jahr 9 von 16 Bezirken Mindest- oder Festbeträge. Der Hauptvorstand ist bei der Tarifkommission wohl massiv dagegen aufgetreten und hat eine reine Prozentforderung durchgesetzt. Welche Erfahrungen hast Du mit den Vorschlägen des Netzwerks zur Tarifrunde gemacht?

Lohnforderung nicht zu hoch war, besonders in Kombination mit der Forderung nach massiver Arbeitszeitverkürzung. In der Diskussion wurde dann aber sehr schnell klar, daß wir beides fordern müssen.

Nach jahrelangem Lohnraub brauchen wir dringend mehr Geld, besonders in den unteren Lohngruppen. Aber der Abbau der Arbeitslosigkeit kann nur gelingen durch eine massive Arbeitszeitverkürzung.

KollegInnen haben allerdings Angst, daß es bei Arbeitszeitverkürzung nicht zum Personalausgleich kommt. Ein Kollege machte deutlich, daß es ohne Arbeitszeitverkürzung, allein durch Rationalisierung, auch zu einer Mehrbelastung kommt und daß Stillhalten deshalb auch nicht hilft. Die Forderungen zur Tarifarbeit Ost/West zum 13. Monatsgehalt und zur



Viele der Forderung nach 500 Mark Festbetrag und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Std./Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich beschlossen. Wie sollte sich die Basis jetzt in die Tarifrunde einschalten?

Klar ist, daß jetzt alles getan werden muß, um diese beschiedenen Forderungen durchzusetzen. Es darf auf keinen Fall wieder zu Marathonverhandlungen kommen. Wir werden unsere

Netzwerk kämpft für ÖTV-Kurswechsel

Die Tarifpolitik 1998 und die Bündnis-für-Arbeit-Politik zeigen erneut, daß die derzeitige Führung der Gewerkschaften nicht die Interessen der Mitgliedschaft vertritt. Es geht darum eine inhaltliche und personelle Alternative aufzubauen. In der ÖTV ist dafür ein Anfang gemacht. Seit Sommer 1996 gibt es das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Hier haben sich kämpferische KollegInnen, Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte der ÖTV zusammengeschlossen für den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition. Beim fünften bundesweiten Treffen am 21.11.98 in Kassel wurde eine Resolutionen zur Tarifrunde und zur geplanten Fusion verabschiedet. Für die Tarifrunde fordern die Netzwerk-KollegInnen:

- * 500 DM Festgeld für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, inklusiv der Auszubildenden.
- * Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden pro Woche, bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- * Keine weitere Flexibilisierung
- * Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit für das gesamte Bundesgebiet.
- * Wiedereinführung von 100% Weihnachtsgeld.
- * Unbefristete Übernahme aller Azubis
- * Tarifliche Rente ab 58 Jahre auf freiwilliger Basis und bei voller Rente...
- * Für den Erhalt des Flächentarifvertrags.
- * Nein zu betrieblichen und regionalen Öffnungsklauseln.
- * 12-monatige Laufzeit des Tarifvertrags.
- * Keine Neuaufgabe des Bündnis für Arbeit.

Die aktuelle Zeitung des Netzwerks und weitere Informationen können angefordert werden von: Angelika

Die Stadt Hasselt macht es vor!

Nulltarif ist möglich!



Seit dem 1. Juli 1997 wird in der belgischen Stadt Hasselt umsonst Bus gefahren. Zusätzlich wurde das Busnetz ausgeweitet: fünf neue Linien wurden eingeführt, die Anzahl der Haltestellen verdoppelt und 34 Fahrerinnen neu eingestellt. Das Konzept hat Erfolg: heute nutzen acht mal so viele Menschen den öffentlichen Nahverkehr wie vor der Reform.

Conny Dahmen, Aachen
Besonders Arbeitnehmer und SchülerInnen, die früher 330 DM im Jahr für ein Abonnement zahlen mußten, profitieren von dem neuen Bussystem. 16 Prozent der Fahrzeugbesitzer lassen das Auto stehen. Das bedeutet weniger Abgabe und weniger Unfälle. Umfragen ergaben, daß auch ganz unerwartete Auswirkungen auf das soziale Leben der Einwohner zu verzeichnen sind: Menschen fahren

häufiger mal bei Freunden oder Familienangehörigen vorbei. Gerade ältere Menschen trauen sich wieder häufiger auf die Straße. Bewohner von Altenheimen und Krankenhauspatienten werden öfter besucht.
In Hasselt hatte schon seit Jahren ein allgemeines Verkehrschaos geherrscht. Die Automassen in der Innenstadt waren längere Zeit zu einer erheblichen Behinderung für Busse und zu einer Gefahr für Radfahrer und Fußgänger geworden. Eine Möglichkeit wäre gewesen einen dritten Autobahnring um die Stadt zu legen. Der Stadtrat sprach sich davon aber kaum Entlassung. Außerdem wären der Bau und der spätere Unterhalt mit hohen Kosten verbunden gewesen. Die meisten Kommunen hierzulande verweisen auf die leeren Kassen, wenn es um den Ausbau von Bus und Bahn geht. Start Nulltarif gibt es regelmäßige Fahrprei-

Duisburg: Rettet unsere Schule!

In der letzten Voran wurde in einem Interview von dem kämpferischen Streik an dem Duisburger Clauberg-Gymnasium berichtet. Der Stand der Diskussion Ende Januar war, daß die SPD sagt, bei mehr Neuanmeldungen und mehr Anmeldungen zur Oberstufe auf die Schulschließung verzichten zu wollen. Gleichzeitig sollen aber mehr Oberstufenschüler ausgesetzt werden um die Abiturientenzahl zu drücken und damit Lehrpersonal zu sparen. Außerdem sollen Referendare in der Oberstufe LehrerInnen ersetzen. Die SchülerInnen treffen sich regelmäßig und planen die Vernetzung und den Aufbau ihrer parteiunabhängigen, aber politischen Gewerkschaft. Ein gemeinsamer Aktionsausschuß wurde gebildet von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern. Die Bildungspolitik der rotgrünen Bundesregierung wird abgelehnt. „Auch die Studierenden müßten wieder auf die Straße. In den Hochschulen wird weitergekürzt, als wenn nichts gewesen wäre. Es muß verhindert werden, daß die Bildungspolitik a la Tony Blair eingeführt wird. Die SPD will anscheinend eine zweite CDU werden“, so eine Mutter. Die Eltern besuchen andere Eltern im Stadteil und versuchen sie zu überzeugen. Ihre Kinder auf dem Clauberg-Gymnasium anzumelden. Der Elternausschuß nimmt zudem noch an einem Komitee „Sozialer Widerstand gegen den Euro“ teil.

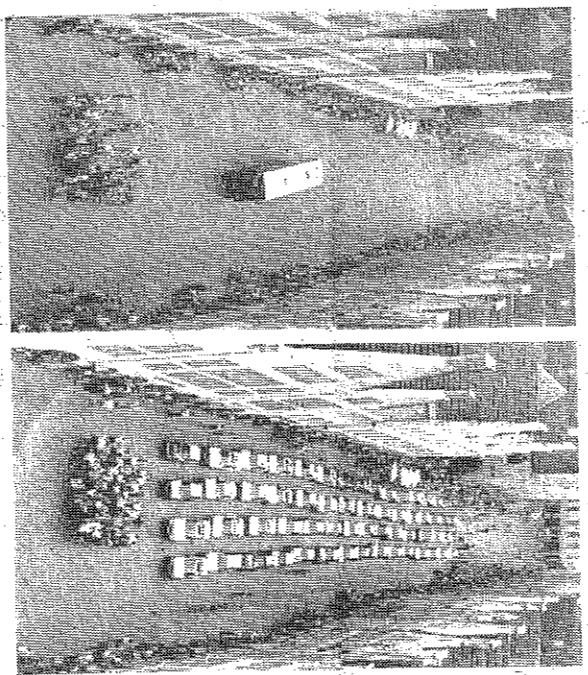
Hilja Dilekli, Duisburg

JRE in Rostock: No Pasaran

Angel und Aysun (beide 15 Jahre), bauen JRE in Rostock mit auf und erzählen warum sie aktiv geworden sind.
Angel: Ich will nicht, daß die Faschos immer stärker werden. Man muß den Rechten den Nachwuchs entziehen. Was die Großen machen finden die Kids toll. Als es um den Aufmarsch in Dierlow ging, sagte er mir aus der dritten Klasse mit freudigen Augen: „Morgen kommen die Nazis, geil.“
Aysun: Aber viele Erwachsene stimmen auch zum Beispiel dem NPD-Plakat zu: Arbeitsplätze zuerst für Deutsche. In Rostock leben ca. zwei Prozent Ausländer, die Arbeitslosigkeit liegt bei 19,2 Prozent. Wie können da Ausländer Schuld an der Arbeitslosigkeit sein? In der Schule sagen sie, die Schule sei neutral. Das ist ein Witz. Auch von Lehrern kommen solche Sprüche: „Kriminelle Ausländer arbeiten hier“ oder „Linke sind auch nicht besser“ und dann heißt es „Gewalt ist keine Lösung“. Das stimmt eigentlich. Aber bei Rechten: die brutal sind, helfen Worte nicht.
Angel: Mein Vater hat eine Tankstelle. Die Nazis haben dort Fußball gespielt. Als er meinte, sie sollen aufhören, hat er einen gesagt: Ich komm gleich, dann kriegst du ein paar auf die Fresse. Mein Vater ist auch gegen Gewalt, aber als der Nazi auf ihn losgegangen ist, hat mein Vater zugeschlagen.
Aysun: Die Lösung muß der Kampf gegen das System sein. Gegen Arbeitslosigkeit und soziale Probleme sein. In der Schule sagen die Lehrer wir sollten lernen und nicht soviel über Politiker meckern, die hätten ein hartes Leben und würden mehr als 8 Stunden arbeiten. Meine Eltern haben's auch nicht leicht und arbeiten auch länger als 8 Stunden. Na und? In meiner Clique sind noch ein paar auf der Schule, aber die, die in der Ausbildung sind, sind danach alle arbeitslos.

Wenn ich Freunde frage, ob sie politisch aktiv werden wollen, sagen sie, daß sie aber keinen Lebensverlauf brauchen. Probleme können sie auch in unserer Clique besprechen. Deswegen ist JRE eine kämpferische Jugendorganisation. Wir haben jetzt eine lokale Antifa-Zeitung, „No Pasaran“ herausgegeben und machen gerade Infostände gegen die Hetzkampagne der CDU zur doppelten Staatsbürgerschaft. Also jeder, der auch die Nase voll hat: Mitmachen bei JRE!

erhöhungen. Dabei zeigt das Beispiel Hasselt, daß es eben keine Frage des Geldes ist, sondern eine Frage der Wahl, wo für das Geld ausgegeben werden soll: Entweder für neue Parkplätze, Straßen und Reparaturen von Umweltschäden oder für den öffentlichen Nahverkehr. Die Stadt zahlt ein Prozent des Haushaltes an die Verkehrsgesellschaft, um so deren Verlust durch die nicht verkauften Tickets auszugleichen. Den restlichen, größeren Anteil der Kosten für das ausgeweitete Stadtnetz trägt die Provinz Flandern. Mit Hinweis auf die Versprechungen bei diversen Klima- und Umweltgipfeln, den Kohlendioxidanstieg drastisch zu senken, laufen Anfragen bei der EU um finanzielle Unterstützung. Insgesamt sind die Mittel für den Busverkehr aber bis weit ins nächste Jahrtausend gesichert.
Mit diesem Beispiel wurde die Diskussion um öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif in ganz Belgien neu entfacht. In Gent zum Beispiel, werden seit Monaten Unterschriften für ein



Verkehrsmodell aus Münster: Ein Bus steht für viele, viele Autos

JRE-Berlin: Stopp Abschiebung!

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) wurde im Frühjahr 1998 auf Initiative der SAV in Berlin wiedergegründet. Von 1992 bis ca. 1996 war JRE mit über 10.000 Mitgliedern europaweit die größte antifaschistische Jugendbewegung. Seit Oktober führt JRE-Berlin eine Kampagne gegen Abschiebung durch.
Der Abschiebende A.J. begann mit mehreren Dutzend Häftlingen einen Hungerstreik im Abschiebeknast Berlin-Grünau und kämpfte für seine Freilassung und bessere Haftbedingungen. A.J. sah 10 Monate im Gefängnis, weil er ohne Ausweis in eine Polizeikontrolle geriet. Er kommt aus dem Sudan und wurde dort als Katholik von der muslimischen Regierung verfolgt. Er wurde von der Polizei wie ein Schwerverbrecher behandelt und ihm wurde zu seinem Erstanten mitgeteilt, daß er aus Sri Lanka komme. Kurz darauf waren die deutschen Behörden nicht von der Meinung abzublinden, er sei Nigerianer.
JRE drückte den Häftlingen ihre Unterstützung aus und forderte die Freilassung von A.J. Danach bekam dieser Besuch von dem Gefängnisdirektor und einem höheren Polizeibeamten. Sie fragten ihn nach JRE und

Referendum zu dieser Frage gesammelt. Dieses Referendum wurde kürzlich vom Stadtrat mit der Begründung abgelehnt, eine Volksabstimmung über Haushaltsfragen wäre nicht wünschenswert. Die Kampagne wird von einer Initiativgruppe getragen, die ein Zusammenschluß verschiedener Organisationen ist. Auch „Militant Links“, die belgische Schwesterorganisation der SAV ist daran beteiligt. Bart Vanderveere, Mitglied von „Militant Links“ dazu: „Die Politiker zeigen mit der Ablehnung des Referendums wie scheißegal wir ihnen sind. Wir dürfen über alles mitreden, nur nicht über das, was Geld kostet. 25.000 Bewohner in Gent haben sich für ein Referendum ausgesprochen. Das an sich ist schon ein Votum für den Nulltarif. Wir werden uns wohl in Gent auf einen härteren Kampf einstellen müssen. Unsere Forderung von Militant Links ist und bleibt kostenlose und ausgebaut, öffentliche Transportmöglichkeiten für jede und jeden in den Städten, aber auch im ganzen Land.“

JRE-Demo gegen den Abschiebeknast Berlin-Grünau am Sa. 27.02.1999 um 15.00 Uhr am S-Bahn Köpenick.

nach unserer geplanten Demo. Am nächsten Tag wurde A. J. freigelassen. Er könne gehen, da eine Bekanntmachung seines Falls und zu große Öffentlichkeit nicht gewünscht sei.
Die Haftbedingungen im Abschiebeknast B-Grünau sind unzumutbar. Medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet. Die Tagesration eines Häftlings besteht aus morgens 2 Scheiben Toast mit Butter und etwas Marmelade, abends 2 Scheiben Schwarzbrot mit Butter und einem ungewürzten Mittagessen. Daß Häftlinge geschlagen und getreten werden und mehr als 80 Kinder im Gefängnis sitzen, wurde uns ebenfalls berichtet.
Nach einer Kundgebung gegen den Abschiebeknast wird nun für eine Demonstration mobilisiert. Auf die PDS und die DGB-Jugend werden wir Druck ausüben, sich dem Demoaufmarsch anzuschließen.
Martin, Berlin

Film: „my name is Joe“ von Ken Loach

mit Drehbuchautor: Paul Laverty

Traum und Härte

VORAN: Wie entstand die Idee für diesen Film?
PAUL LAVERTY: Es gibt einige Dinge, die man erlebt und nie vergißt. Vor einigen Jahren sprach ein Professor in Glasgow von einer Untersuchung über Auswirkungen jahrelanger Schwerarbeit. Sie handelte von zwei Stadtteilen in Glasgow mit verschiedenen Postleitzahlen. Die Bewohner des Stadtteils mit der einen Postleitzahl lebten im Durchschnitt 10 Jahre länger als die mit der anderen.
Ort werden wir bombardiert mit Statistiken. Aber hier wurde auf harte Weise, in wissenschaftlicher Sprache, die unglaubliche Wahrheit ausgedrückt, daß selbst „Zeit“ ungleich verteilt ist. Abhängig davon, wo du das Glück oder Pech hast geboren worden zu sein, kann dein Leben um Jahre kürzer oder länger sein.

Du glaubst also, daß Glasgow eine geteilte Stadt ist?
Sehr sogar. Während ich das Drehbuch schrieb, habe ich im nördlichen Reithill, eine 18jährige Frau getroffen, die Kleinkram verkauft. Sie verdiente ca. 80 Pfund die Woche (ca. 240 DM). Sie hat viele Freunde, die arbeitslos sind oder schlecht bezahlte Jobs haben. Nur eine Freundin, die kann sich eine Eigenumswohnung und ein 14.000 Pfund teures Auto leisten. Sie dealt mit Drogen.
Wenn du unten bist, ist die Wahl knapp, entweder 50 Pfund die Woche oder Geld durch Drogen. Über diese einfache Tatsache spricht der Film.

Soll das Verhältnis zwischen den beiden Hauptdarstellern Joe und Sarah eine Klassenspaltung darstellen, da sie mit einem Auto und einem respektablen Job ausgestattet ist?
Nein. Ich kenne niemanden, der eine Sozialarbeiterin als Teil der Mittelklasse ansehen würde. Auch würde die Bezeichnung „untere Klasse“ zu keinem der Charaktere passen. Dieser Begriff soll sowieso nur beleidigen.

Jeder hat Träume und Hoffnungen. Von der erhabenen Position einer privilegierten Postleitzahl aus, ist es sehr einfach Entscheidungen anderer zu kritisieren.
Ich frage mich was all diejenigen, die Joe so gerne verurteilen würden, in seiner Situation machen würden. Solche Entscheidungen zu treffen ist mir einfach.

Der Unterschied zwischen Arbeit und keiner Arbeit bedeutet, daß die einen, Zugang zu mehr Entscheidungsmöglichkeiten haben, als die anderen. Arbeitslose werden immer noch als Reservarmee benutzt.

Was ist die politische Bedeutung des Films?

Jede Geschichte ist politisch. Sarah ist die Stärke in der Beziehung. Das ist typisch für die Situation in den benachteiligten Gegenden. In Nachbarschaftskomitees, Mieterunabven usw. sind es die Frauen, die das organisieren.
Die sozialistische Journalismus aus den USA, Martha Gellhorn hat mal gesagt: „Mein ganzes Leben habe ich Steine in ein großes Meer geworfen - wer weiß zu was für Wellen das führt?“. Ich hoffe sehr, daß der Film Fragen aufwerfen wird und zu einem besseren Verständnis bei den Leuten beitragen wird.



Knoktörk von David Schultz

Wut und Ohnmacht
„My Name is Joe“ bietet nicht den einsamen Hollywood-Heelden, der die in 80 Film-Minuten aufgelisteten Probleme am Ende in 5 Minuten mit einer 9mm-Uzi und 3 Sprüchen löst, es ist endlich mal wieder ein Film, in dem normale Leute, die normal reden und normal aussehen mit (zumindest für dieses System) normalen Problemen zu kämpfen haben.

Joe (Peter Mullan) ist ein arbeitsloser Ex-Alkoholiker in Glasgow, der sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser hält und nebenbei die schlechteste Fußballmannschaft der Stadt trainiert. Er verliebt sich in Sarah (Louise Goodall), die Sozialarbeiterin von Liam, einer seiner Spieler. Als Joe bemerkt, daß dieser Schuld an einer Gang hat, steht er vor einem Dilemma: Entweder er führt Drogen für die Gang aus, was seine Beziehung zerstört würde, oder er läßt Liam im Stich, worauf dessen die Beine geschrotten würden. Einen dritten Ausweg hat er nicht, denn manche Leute können nicht einfach die Polizei rufen oder umziehen.“ (Joe)

Reisesser Ken Loach vermittelt wie kaum ein anderer Filmemacher, wie Existenzen wegen Betrügen zerstört werden, deren Fehlen ein Kapitalist nicht mal in der Kaffeekasse bemerken würde. Er zeigt beide Seiten des „working-class-lives“ auf. Einerseits erbliche Solidarität, andererseits unbewindbare Systemzwänge, an denen schon Millionen guter Vorgesetzte scheitern.
Man verläßt das Kino mit dem Gefühl: Es ist nicht nötig etwas zu sagen, aber jeder haßt die Faust in der Tasche. ■

Lenin kommt zurück

Vor 75 Jahren, am 21. Januar 1924 starb Wladimir Iljitsch Ulanow, genannt Lenin. Er ist eine der bedeutendsten und unstrittigsten Figuren dieses Jahrhunderts. In einem Punkt sind sich Anhänger wie Gegner einig: Ohne Lenin wäre die Oktoberrevolution, der Sturz des Kapitalismus in Rußland, wahrscheinlich unmöglich gewesen. Die heute herrschende Geschichtsauffassung beschreibt Lenin als Vorläufer Stalins. Angeblich hätte das totalitäre Regime des Stalinismus seine Wurzel in den politischen Ideen und der politischen Praxis Lenins und der Bolschewiki. Mußte der erste Versuch, den Kapitalismus durch ein anderes Gesellschaftssystem zu ersetzen unweigerlich zum dem Typ stalinistischer Staaten führen, wie er bis 1989/90 in Osteuropa herrschte? Oder wieso konnte Stalin nach Lenins Tod uneingeschränkte Macht entwickeln?

Lanka Pigors, Bremen

Rußland 1917: Der Zar war im Februar vom Volk gestürzt worden. Die Arbeiter und Bauern forderten „Frieden, Land, Brot“. Doch die pro-kapitalistische Regierung, die auf die Zarenherrschaft gefolgt war, zeigte sich unfähig auch nur eine dieser Forderungen zu erfüllen. Unter Führung der Bolschewiki gelang es, auch diese Regierung durch die Revolution im Oktober 1917 zu stürzen. Die Macht lag in den Händen der demokratisch gewählten Arbeiter- und Soldatenräte

Wie die Bolschewiki versprochen hatten, wurde sofort ein Waffenstillstand mit Deutschland erklärt. Die Großgrundbesitzer wurden enteignet, das Land unter den Bauern verteilt, bereits erfolgte Landbesetzungen wurden legalisiert. Die Menschen bildeten Komitees, die die verschiedensten Lebensbereiche organisierten. Frauen erhielten das Wahlrecht. Fast noch wichtiger waren die Versuche, die gesellschaftliche Benachteiligung der Frauen zu beenden. Um die Frauen von der Hausarbeit zu befreien, wurde mit der Planung von Kindergärten, Speiseshäusern, öffentlichen Waschanstalten etc. begonnen. Der alte unterdemokratische Staatsapparat wurde zerschlagen. Richter wurden gewählt und abwählbar. Die geheimen Verträge der ehemaligen Regierung mit anderen Ländern wurden veröffentlicht. Die Gesellschaft sollte von jetzt an von den Massen durch ihre demokratischen Organisationen # die Sowjets (Räte) # gelenkt werden. Das revolutionäre Rußland besaß große Anziehungskraft auf die Arbeiter und die kriegsmüden Soldaten in den anderen Ländern.

In dieser Zeit besaß das Land das demokratischste Regie-

runssystem, das je existiert hatte. Die einzige Partei, die verboten wurde, waren die „Schwarzen Hundert“, eine faschistische Partei.

Der Bürgerkrieg

Die Sowjetregierung sollte nicht viel Zeit für „sozialistische Experimente“ bekommen. Im Frühjahr 1918 organisierte sich die erste „weiße“ konterrevolutionäre Armee unter General Kornilow.

Im Juli organisierten die rechten Sozialrevolutionäre einen Aufstand. Ihr Ziel war die Wiederaufnahme des Krieges und der Sturz der Arbeiterregierung. Dieser Aufstand wurde von Revolutionsstruppen niedergeschlagen. Mitte 1918 wurden die Partei der Menschewiki und die der rechten Sozialrevolutionäre wegen ihrer Teilnahme am Bürgerkrieg gegen die Sowjets auf seiten der Weißen Armeen verboten. Die Partei der linken Sozialrevolutionäre wurde kurz darauf verboten, nachdem sie den deutschen Botschafter ermordet und einen Mordversuch gegen Lenin unternommen hatten. Aber Lenin verwies darauf, daß es sich dabei um eine vorübergehende Notmaßnahme handele. Eine Maßnahme, die den russischen Arbeitern helfen würde, die Stellung solange zu halten bis auch die Arbeiter in Deutschland und anderen Ländern selbst eine Revolution machen würden. Lenin hatte nie die Idee, daß ein Ein-Parteien-Regime die Regel eines Arbeiterstaates darstelle # eines Fälschung, die später von Stalin aufgebracht wurde und heute auch bei uns offizielle Geschichtsschreibung ist.

Im Juli begann die Intervention der Alliierten. Die größte

Rolle spielten England, Frankreich, die USA und Japan. Deutschland hatte nach dem Frieden von Brest-Litowsk große Teile der Ukraine besetzt. Alle ausländischen Mächte unterstützten antisowjetische Regierungen und Armeen mit Truppen, Waffen und Geld. Die Arbeiterregierung mußten eine Armee aus dem Boden stampfen, um sich zu verteidigen. Die Ausgangslage hierfür war alles andere als rosig. Der Friede von Brest-Litowsk hatte das Land wichtige Landwirtschafts- und Rohstoffgebiete gekostet. Die Aufteilung der großen Güter in kleine Bauernhöfe führte zu einem Produktivitätsverlust in der Landwirtschaft. Der Weltkrieg hatte die normale Industrieproduktion bereits geschädigt. Der Bürgerkrieg führte zum Zusammenbruch der Produktion. Die Bauern, die so keine Industrieprodukte als Gegenleistung für ihre Nahrungsmittel mehr bekommen konnten, wollten nicht umsonst arbeiten. Sie versuchten, die Waren bis zur Verbesserung der Lage zu horten.

Hunger

Die Arbeiterregierung, die sowohl die Armees, als auch die hungernden Städte ernähren mußte, reagierten darauf mit gewaltsamen Beschlagnahmungen. Die Bauern produzierten daraufhin nur noch für den eigenen Gebrauch. Das änderte nichts am Bedarf. Die städtischen Sowjets schickten bewaffnete Trupps, die nach Getreide suchen sollten. Die Bauern wehrten sich, es kam zu blutigen Auseinandersetzungen. Hunger wurde überall zu einem ernststen Problem. Die Unzufriedenheit wuchs.

1921 kam es zu einer Serie von Bauernaufständen und einer damit verbundenen Revolution, eingezogener bäuerlicher Matrosen in Kronstadt. Dies stärkte den Einfluß von Anhängern der Sozialrevolutionäre, der Menschewiki und anarchistischer Strömungen. Die Bolschewiki konnten dem politisch wenig entgegenzusetzen - ihre besten Leute kämpften an der Front oder waren gefallen. Armees und Städte konnten nicht auf Nahrungsmittel warten. Verzweifelt griffen sie zu Zwangsmaßnahmen. Es kam zur gewaltsamen Unterdrückung von Hungerprotesten und Streiks. Parallel zu diesem Prozeß fand ein Absterben der Sowjets statt. Im Interesse einer effektiven Kriegführung wurden die Kompetenzen der lokalen Sowjets immer mehr von zentralistischen militärischen Organisationsen beschritten. Gleichzeitig sank die Bevölkerung der Städte. Die Leute versuchten vor dem Hunger aufs Land zu fliehen. Der Zusammenbruch der Produktion zerstörte den Zusammenhang der Arbeiter. Die politisch bewußtesten Arbeiter hielten an den Bürgerkriegsfronten die gefährlichsten Abschnitte und fielen massenhaft. Auch dadurch bluteten die Sowjets aus. Nicht zuletzt wurden gefangene Sowjetmilitärführer

nicht, von den Weißen Truppen niedergemetzelt. Bei der Rückeroberung der Gebiete durch die Rote Armee leben die Sowjets

Auch viele Bolschewiki fanden im Kampf gegen das Chaos und den allgegenwärtigen Mangel die „militärische Methode“

Wiederaufbau Nach dem konnten die Armee demotiviert



Die Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewiki von 1917 und ihr Schicksal

setzen wieder auf. Statt begehrtster Aufbaumittlung herrschte in Rußland jetzt ein verzweifelter Überlebenskampf. Gab es eine Alternative? Es ist klar, daß eine Kapitulation vor den monarchistischen und diktatorischen Bürgerkriegsgeneralen Selbstmord gewesen wäre. Es hätte die Errichtung einer Militärdiktatur wie unter Suharto in Indonesien oder unter Pinochet in Chile bedeutet.

Bürokratisierung

Die junge Sowjetunion gewann den Krieg. Aber die Folgen des Krieges waren verheerend: etwa 6 Mio. Tote, weite Teile des Landes verwüstet, die Industrie zerstört, die Arbeiterklasse verstreut und ausgedünnt, unzählige der begünstigsten Leute gefallen, das Räteystem lag am Boden.

Mangel an allem war das wichtigste Kennzeichen dieser Zeit. Mangel zwingt die Menschen zu Verteilungskämpfen. Der Staat mußte eingreifen, damit nicht das Recht des Stärkeren herrsche. Die Staatsbedürfnisse waren aber ebenfalls in der Verteilungskämpfe verwickelt. Das allgemeine Elend bot ihnen die Chance, ihre Position auszunutzen. Das begünstigte bürokratische Entwicklungen.

Im Krieg war die Regierung gezwungen gewesen, zaristische Funktionäre mit Privilegien in ihrem Dienst zu halten, um das fehlende Wissen vor allem in militärischen Bereichen

angenehm effektiv. Auch dadurch wurde die Entstehung einer unpolitischen, auf ihr eigenes Wohl bedachten Funktionärsschicht gefördert.

Neue ökonomische Politik

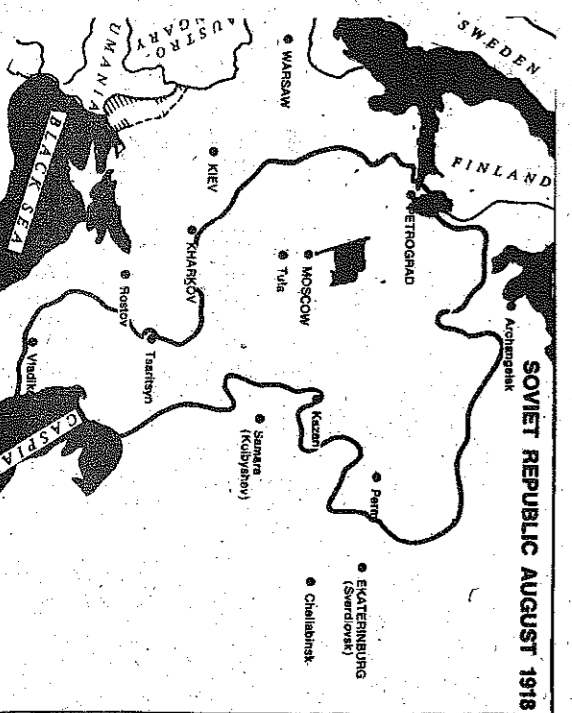
1921 waren die sozialistischen Revolutionen in den anderen Ländern gescheitert. Die Bolschewiki mußten sich darauf einrichten, längere Zeit ohne Hilfe von Außen zu überstehen. Die wichtigste Aufgabe war der

schlossen sieht Kleinkapitalismus erlauben. Lenin ein solcher So würde. Die Is weitrepublik keine Wahl als Herrten. Rückzu durch eine Erhwirtschaft, Ressourcen staatlich geplantung freizusetz nannte NOP - wirtschaftlichen

Lenins

„Testament“

In einem von mehreren Briefen, die später „Testament“ bezeichnet wurden, schreibt Lenin: „Stalin ist zu groß und dieser Mangel, der Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten aus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schläge ich vor, sich zu überlegen, wie man Stalins könnte und jemanden anderen an diese Stelle ableiten. Ich bin der Ansicht, daß Stalin einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, er ist in jeder Hinsicht vom Genossen Stalin entfernt, loyal, höflicher und den Genossen aufmerksamer, weniger launenhaft usw. Es scheint, als sei dieser Umstand eine winzige, aber wichtige Sache. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der oben geschilderten Beziehungen zwischen Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine Kleinigkeit, deren Bedeutung erlangen kann.“ (4. Ja-



SOVIET REPUBLIC AUGUST 1918

Während des Bürgerkriegs hatten die feindlichen Armeen die

IN

Namen und Begriffe:

Bolschewiki: Seit 1903 linker Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Seit 1912 unabhängige Partei. Stützte sich vor allem auf die städtische Arbeiterklasse, später auch auf arme Bauern und Landarbeiter; prominentester Vertreter: Lenin, ab 1917 auch Trotzki. Gab sich 1918 den Namen Kommunistische Partei.

Menschewiki: Seit 1903 rechter Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, später deren alleinige Vertreter. Stützten sich vor allem auf die linke städtische Intelligenz, zu Beginn der Revolution auch auf Teile der Arbeiterklasse.

Sozialrevolutionäre: Kleinbürgerliche Partei, stützte sich vor allem auf Bauern, Landbevölkerung; zum Teil städtisches Kleinbürgertum.

Die „Weißen“: Bezeichnung für die bewaffneten Kräfte, die mit Hilfe ausländischer Armeen im Jahr 1918 den Bürgerkrieg gegen das revolutionäre Rußland, die „Roten“, begannen.

Stalinismus: Bezeichnung für das unter Stalin Mitte der 20er Jahre errichtete Herrschaftssystem. Der Kapitalismus blieb abgeschafft, aber die Macht im Staate wurde von einer privilegierten Bürokratie diktatorisch ausgeübt. Nach diesem System funktionierte auch die DDR, Osteuropa und China und weitere Staaten über den Tod Stalins hinaus.

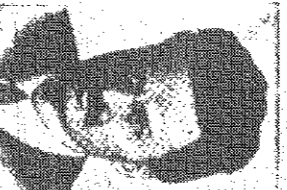
Sowjetunion: 1922 als freiwillige Föderation sowjetischer Staaten (Rußland, Ukraine u.a.) gegründet. 1991 zusammengebrochen.

dinge sehr zum Nachteil der Städte gegenüber dem Land. Sie forderte gleichzeitig die Bildung einer Schicht von Zwi-

führer. Er hatte organisatorisches Talent, Machtbewußtsein, wenig Strupel und ein beschränktes politisches Verständnis.



KAMENEV
Gisschossen



TROTSKY
Im Exil



LENIN
tot



BERZINSKY
tot



BERZON
verschwinden



SOKOLNIKOV
In Haft



STASSOVA
verschwinden



MILUTIN
verschollen



JOFFE
Selbstmord

der linken Opposition im Jahre 1938.

schendhändlern und Großbauern. Diese begannen mit den Funktionen aus Staat und Partei zusammenzuarbeiten.

Lenin war sich des Problems bewußt. Er setzte durch, daß die Mitgliedschaft der Partei auf Karrieristen und Bürokraten überprüft wurde. Eine größere Zahl von Mitgliedern wurde ausgeschlossen. Das waren in der Regel Leute, die sich aus eigennützligen Motiven der Partei angeschlossen hatten, nachdem der Bürgerkrieg vorüber war und sie sich von einer Parteimitgliedschaft nicht Gefährten sondern persönliche Vorteile versprachen.

Ende Mai 1922 erlitt Lenin seinen ersten Schlaganfall, der ihn bis zum Herbst von der politischen Arbeit fernhielt. Während dessen nahm die Bürokratisierung immer mehr zu. Um sie zu bekämpfen, trat Lenin für die Aufstellung einer „Arbeiter- und Bauerninspektion“ ein, einer Art Anti-Korruptions-Einheit.

Stalin

An ihre Spitze wurde ausgerechnet Stalin gestellt, den er wegen seinen organisatorischen Fähigkeiten schätzte. Die Position in der „Arbeiter- und Bauerninspektion“ gab ihm ideale Möglichkeiten, sich eine ergebene Hausmacht zuzule-

ste mit dem sogenannten „Leninaufgebot“ ca. 250.000 neue Mitglieder in die Partei. Diese Leute waren nicht während der Revolution oder im Bürgerkrieg eingetreten, als es gefährlich war, das Parteibuch zu besitzen. Erst jetzt, in der NÖP-Zeit, drängten sie in die Partei. Die meisten von ihnen waren offensichtlich keine Kommunisten. Der Zustrom von unpolitischen Kräften verstoß der Partei Lenins den Todesstoß. Sie war nicht länger die Partei der fortschrittlichsten und entschlossensten Arbeiter Rußlands.

Sozialismus in einem Land?

Parallel zu dieser Entwicklung schuf sich die Bürokratie ihre eigene Ideologie. Ihre Ideen waren aber nicht dazu da, die Gesellschaft zu erklären. Ihr Zweck war allein, die Unabhängigkeit der herrschenden Verhältnisse zu begründen. Ihr Dogma war Stalins Idee vom „Sozialismus in einem Land“. Sie besagte, daß der Revolutionsprozeß abgeschlossen sei, und man nun mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen werde. Diese Idee entsprach der Stimmung vieler Teile der Bevölkerung, die nach den Jahren von Krieg und Bürgerkrieg auch politisch ausgezehrt und müde geworden war. Lenin hat zu keinem Zeitpunkt die Idee vertreten, man könne den Sozialismus in einem Land aufbauen. Er sah die russische Revolution als Beginn einer Kette von Revolutionen in den anderen Ländern der Welt. Der fundamentale Unterschied zwischen Lenin und Stalin in dieser Frage wird erspiegelt sich im Schicksal der Kommunistischen Internationale. Sie war 1919, mitten im Bürgerkrieg, in Moskau gegründet worden und wurde 1943 von Stalin aufgelöst.

Terrorherrschaft

Stalin installierte eine Terrorherrschaft, der auch viele Bolschewiki der Revolutionszeit zum Opfer fielen. Auch die Führer der linken Opposition wurden erst aus der Partei ausgeschlossen, dann eingesperrt oder verbannt und schließlich umgebracht. Stalin brauchte immerhin 12 Jahre, bis zum Ende der Moskauer Prozesse Mitte/Ende der 30er Jahre, bis er jede organisierte Opposition ausgeremmt hatte.

Das allgemeine Elend durch den Bürgerkrieg und die Tatsache daß die Revolution auf das rückständige Rußland beschränkt blieb, hat zum Aufstieg der Bürokratie unter Stalin geführt. Die Lehre daraus ist nicht, auf Sozialismus zu verzichten. Die Lehre daraus ist, heute in allen Ländern revolutionäre sozialistische Parteien aufzubauen und eine Revolutionsära Arbeiterinternationale. Der Kampf für Sozialismus beginnt in jedem einzelnen Land und ist erst zu Ende, wenn weltweit mit dem Kapitalismus auch Krieg, Armut und die Unterdrückung

„Schwarzbuch des Kommunismus“

Das „Schwarzbuch des Kommunismus - Unterdrückung, Verbrechen und Terror“ erschienen 1997 in Frankreich mit der teilfertschen Ankündigung, der „Kommunismus“ habe den Tod von 100 Mio. Menschen verschuldet.

Einige der Autoren wollen mit dem Buch auch dokumentieren, daß sie persönlich mit dem Stalinismus gehrochen haben. In einem entscheidenden Punkt stehen sie aber ganz in dessen Tradition: die Gleichsetzung von Sozialismus und Kommunismus mit dem Stalinismus. Denn alle, Stalin, Mao, Honecker und die Führer der westlichen kommunistischen Parteien, behaupteten, die Sowjetunion, China, die DDR seien sozialistische Staaten und sie stünden in der Tradition von Marx, Engels und Lenin. In Wirklichkeit standen die stalinistischen Regime in schreiendem Widerspruch zur Idee des Sozialismus. Stalinismus bedeutete Herrschaft einer privilegierten Bürokratie über die Gesellschaft. Sozialismus setzt dagegen Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft voraus. Demokratische Grundprinzipien einer sozialistischen Gesellschaft sind: jederzeitige Wahl und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen, keine Privilegien, Freiheit der Kritik. Allzugen wird verschwiegen, daß parallel zum Aufstieg Stalins sich die sozialistische „linke Opposition“ gegen die Stalinisierung formiert hatte.

Die Sozialistische Alternative (SAV) steht politisch in der Tradition der „Linken Opposition“, um Leo Trotzki in der UdSSR der zwanziger Jahre. Trotzkiisten haben immer betont, daß es im Ostblock keinen Sozialismus gab. In den dreißiger Jahren, 60 Jahre vor dem „Schwarzbuch“, schrieb Trotzki, Stalins Verbrechen und „Die Verräterische Revolution“ Trotzki und seine Mitstreiter wurden # wie viele andere, die es wagten, sich der Bürokratie in den Weg zu stellen # verbannt, eingekerkert oder ermordet.

Den Autoren des „Schwarzbuch“ reichen die tatsächlichen Verbrechen des Stalinismus anheimend nicht aus. In der Schreckenshlanz Courtois liest sich das z.B. so:

„Sowjetunion: 20 Mio. Tote, China: 65 Mio. Tote, (...) kommunistische Internationale und nicht an der Macht befindliche kommunistische Parteien: etwa 10.000 Tote. Alles in Allem kommt die Bilanz der Zahl von hundert Millionen Toten nahe.“

Beim Nachrechnen stellt man fest, daß Courtois seine eigenen Zahlen um läppische 6,8 Mio. Leichen aufgerundet hat. Er ist eben nicht kleinlich. Ähnlich locker gehen auch andere Autoren des Buches mit Zahlen um.

(Z.B. Nicolas Werth und Courtois) stellen ihre Verbrechenbilanz auf, ohne eine eigene Einschätzung der Regime und Gruppierungen vorzunehmen. Für sie gilt: „Wer sagt, daß er Kommunist ist, der ist auch einer.“ Damit wird es möglich, die Opfer der äthiopischen Regierung des Mengistu Haile Mariam, des russischen Bürgerkriegs, von Che Guevaras Guerilla und der deutsche RAF zusammenzuzählen.

Ein anderes Mittel ist das Weglassen der gesellschaftlichen und politischen Hintergründe. Fontaine z.B. macht die Sandhülsen in Nicaragua für alle Toten des Bürgerkriegs mit den von den USA finanzierten Contras verantwortlich. Mit der selben Methode wird aus der durch den Bürgerkrieg entstandenen Hungersnot in Rußland Anhang der zwanziger Jahre politischer Massenmord durch die Bolschewiki.

Auch wenn der Autor das Gegenteil behauptet, so macht Courtois doch mehr oder weniger die Rechnung auf. Kommunisten 100 Mio. Tote/ Nazis 20 Mio. Tote. Die gewollte Schlussfolgerung ist mathematisch eindeutig: Kommunisten sind noch fünf mal schlimmer als Nazis.

Courtois vergleicht die 73 Jahre zwischen 1917 und 1990 mit den 12 Jahren des Nationalsozialismus. Aber was ist mit den Opfern des Faschismus in Italien, in Spanien, in Portugal? Was ist mit den Opfern der Milifardaktionen in Lateinamerika, in Afrika, in Asien? Was ist mit den Opfern der unzähligen Kriege in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg? Was ist mit den Hungertoten in diesem Jahrhundert in den kapitalistischen Ländern, der „3. Welt“? Täglich sterben weltweit 110.000 Menschen an Hunger, 40 Millionen im Jahr, dies ergibt eine Studie des deutschen Entwicklungsministeriums 1997“ (Lexikon, aktuell 997).

Wann empören die Autoren sich nicht darüber, daß mit dem Kapitalismus in Rußland auch wieder Hunger und Krankheiten wie Tubaerkulose zurückkehrt sind?

Das Ziel des Schwarzbuchs ist die Diskreditierung der Idee des Sozialismus in einer Zeit, in der der Kapitalismus für immer mehr Menschen nur noch Armut, Elend und politische Unterdrückung bereithält. Um dies zu erreichen, denunziert Courtois nicht nur den Kommunismus. Auch der Antifaschismus wird mit „einem Rundumschlag zur „Rechtferdigungs-ideologie“ der verbreiterischen Kommunisten“ genannt. Courtois spekuliert darauf, daß Menschen die eine andere Gesellschaft anstreben vor den schlimmen Folgen, die ihr Tun angebracht verursacht, zurückschrecken. So ist es kein Wunder, daß das Buch gerade in Frankreich erschienen ist: wo der Kampf um eine lebenswerte Zukunft inzwischen wieder mehr Menschen dazu bringt, sich mit sozialistischen Ideen zu befassen.



Bomben auf Bagdad

Der schmutzige Krieg gegen ein wehrloses Volk

„Wenn die Inspektoren die Waffen nicht finden konnten, wie kommt es dann, daß wir wissen wohin wir die Cruise Missiles feuern sollen?“, fragte Robert Fisk, ein Kommentator der britischen Tageszeitung „Independent“ am 18.12.1998. Damit weist er auf ein riesiges Lügengebäude hin, auf dem die Rechtfertigung des amerikanischen-britischen Krieges gegen den Irak aufgebaut ist.

Sascha Stanicic, SAV-Bundesleitung

Wenn man Bill Clinton und Tony Blair Glauben schenkt, dann haben sie sich Ende 1998 selbst für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Die tagelange Bombardierung des Irak sei für den Weltfrieden, für die Zerstörung von Massenvernichtungswaffen und für das Wohl des irakischen Volkes durchgeführt worden. Die Wahrheit sieht anders aus.

Ginge es um den Kampf gegen Diktaturen, müßten China, Saudi-Arabien, Indonesien und viele andere Staaten bombardiert werden. Ginge es um die Einhaltung von UN-Resolutionen, hätte Israel schon lange dem Erdboden gleichgemacht werden müssen, denn sie sind nach wie vor Spitzenreiter beim Ignorieren von UNO-Beschlüssen. Ginge es um die Zerstörung von Massenvernichtungswaf-



Eine irakische Mutter am Krankenbett ihres bei den imperialistischen Luftangriffen verletzten Kindes.

fen, dann sollten die USA und Großbritannien Krieg gegen sich selber führen. Es handelte sich bei dem Angriff um einen klassischen Akt imperialistischer Aggression. Die Ursachen des Angriffs liegen in den wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA und Großbritanniens im Nahen Osten.

Warum?

Der Zeitpunkt des Angriffs im Dezember 1998 ist auf die innenpolitischen Schwierigkeiten von Präsident Clinton aufgrund seiner Affäre mit der Praktikantin Monica Lewinsky zurückzuführen. Dadurch sollte die Ent-

Welt vermutet. Direkter Zugriff auf diese Ölvorkommen politische Stabilität und treue Regime, wie in Saudi-Arabien, sind von großer Bedeutung für die entwickelten kapitalistischen Staaten, wie die USA und Großbritannien. Für die USA und Großbritannien besteht ein besonderes Problem: sie sind

Stelle Dir eine Waffe vor, die selektiv Babies, Alte, Kranke und Hilflose tötet - diese Waffe sind die Sanktionen.

von der Ausbeutung irakischer Öliquellen weitgehend ausgeschlossen. Seit 1991 wurden viele Verträge zwischen dem Irak und verschiedenen Firmen über Erdölförderung für die Zeit nach den Sanktionen abgeschlossen. Dabei sind die USA leer ausgegangen. Wichtigste Vertragspartner sind Frankreich, Rußland und China - kein Wunder also, daß gerade diese Länder den Bombenangriff verurteilt haben und für die Aufhebung der Sanktionen eintraten. Krieg ist nun einmal die Fortsetzung kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit militärischen Mitteln.

Der entscheidende Faktor für die Bombenangriffe war aber die Schwächung der Position der USA im Nahen Osten seit dem Golfkrieg 1991. Sie wollten ihren Anspruch „Weltpolizist“ zu sein deutlich machen und eine Warnung an alle Völker aussprechen, die in Opposition gegen den Imperialismus gehen könnten. 1991 führten die USA eine weltweite Koalition gegen Saddam. 1998 waren die USA bei ihnen Bestrebungen gegen den Irak militärisch vorzugehen

die CIA spionierten. Selbst westliche Diplomaten zweifeln an, ob die Schubfolgenungen des Berichts einen Militärschlag rechtfertigen. Die Internationale Atomenergie-Behörde, die an der Überwachung der Abrüstung des Atomwaffenprogramms im Irak beteiligt ist, urteilt, daß der Irak weitestgehend zutiefenstellend kooperierte. Alles deutet daraufhin, daß sich die UN-Inspektoren im Irak so aufgeführt haben und so weitgehende Forderungen stellen, daß es zu einem Konflikt kommen mußte. Dies war der Fall, als Butler Zugang zu einem Regionalbüro der regierenden Baath Partei haben wollte.

Die CIA spionierten.

Selbst westliche Diplomaten zweifeln an, ob die Schubfolgenungen des Berichts einen Militärschlag rechtfertigen. Die Internationale Atomenergie-Behörde, die an der Überwachung der Abrüstung des Atomwaffenprogramms im Irak beteiligt ist, urteilt, daß der Irak weitestgehend zutiefenstellend kooperierte. Alles deutet daraufhin, daß sich die UN-Inspektoren im Irak so aufgeführt haben und so weitgehende Forderungen stellen, daß es zu einem Konflikt kommen mußte. Dies war der Fall, als Butler Zugang zu einem Regionalbüro der regierenden Baath Partei haben wollte.

Der Angriff

Das Lügengebilde des Westens zeigt sich, wenn man die widersprüchlichen Aussagen über die Zielsetzung des Bombenangriffs betrachtet. Da hieß es zu Beginn, daß die Produktions- und Stationierungsstätten von Massenvernichtungswaffen angegriffen worden seien. Kriegsführer Tony Blair sagte: „Iraks Potential an Massenvernichtungswaffen muß zerstört werden.“ Dies steht im Widerspruch zu den Aussagen der Inspektoren, die ja gar nicht wissen, wo sich solche Anlagen befinden. Dann hieß es wiederum,

„Wir sind dabei eine ganze Gesellschaft zu zerstören ... es ist illegal und unmoralisch.“

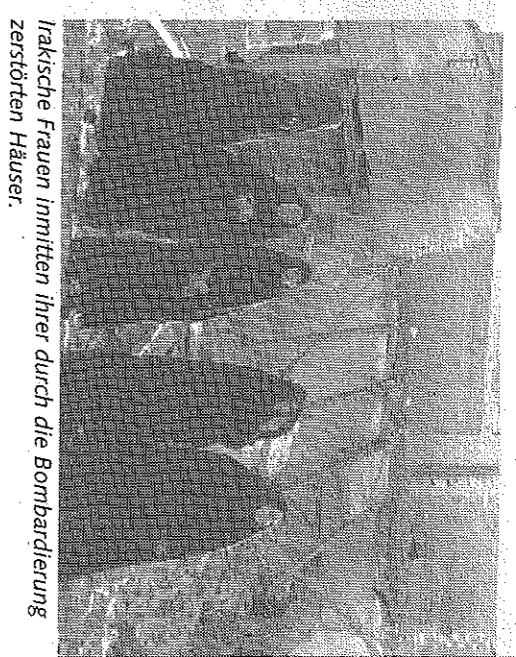
Dennis Halliday, ehemaliger UN-Beauftragter im Irak.

weitgehend isoliert. Das immer offensichtlicher werdende Scheitern des von den USA angeführten sogenannten Friedensprozesses in Israel und Palästina ist dabei ein wichtiger Faktor. Im Laufe des Jahres 1998 mußten die USA zweimal geplante Militärschläge kurzfristig abblasen, weil ihnen diplomatische Initiativen des UNO-Generalsekretärs Annan dazwischen kamen.

Die UN-Inspektionen

Offizieller Anlaß für den Krieg war der Abzug der UNSCOM-Inspektoren aus dem Irak wegen angeblicher Behinderung ihrer Mission durch die irakischen Behörden. Die Inspektoren sollten überprüfen, ob der Irak seine Massenvernichtungswaffen, den UN-Beschlüssen entsprechend, vernichtet hat. Das Absurde ist: Obwohl es keine Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen gibt, soll der Irak seinerseits beweisen, daß er keine besitzt.

Dies ist bei einem Gebiet von 438.317 Quadratkilometern (im Vergleich: Deutschland hat eine Fläche von 357.022 Quadratkilometern) eine geradezu unmögliche Aufgabe. Alles deutet darauf hin, daß die UN-Inspek-



Irakische Frauen inmitten ihrer durch die Bombardierung zerstörten Häuser.

zuführen, was zur Zeit nicht die wahrscheinlichste Perspektive ist, würde dies nicht zu einer demokratischen Gesellschaft oder zu Verbesserungen für das irakische Volk führen. Wie Robert Fisk im „Independent“ vom 18.12.1998 schrieb: „Was wir in Wirklichkeit im Irak wollen ist ein anderer tyrannischer Diktator - aber einer der darauf hört, was man ihm sagt - in die Länder einmarschieren, wo wir das gerne sehen (Iran) und die Integrität der Länder zu respektieren, wo wir keinen Einmarsch sehen wollen (Kuwait).“

Unsere Forderungen

- ★ Abzug aller imperialistischen Truppen
- ★ Sofortige Aufhebung der Sanktionen
- ★ Für den Sturz von Saddam und den anderen herrschenden Eliten
- ★ Für Regierungen der Arbeiter und armen Bauern
- ★ Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens

ten können. Dies ist kein einfacher und kein kurzfristiger Weg, aber der einzige der Frieden führen kann. Von entscheidender Bedeutung wir sein, daß sich die Arbeiter und Bauern des Nahen Ostens über die Ländergrenzen hinweg verständigen und einen gemeinsamen Kampf für eine freiwillige sozialistische Föderation im Nahen Osten führen.

Das irakische Volk lebt sterbend!

Interview mit Worja Ahmadi

(Sprecher der Arbeiterkommunistischen Partei des Irak und der Föderation der irakischen Flüchtlingsräte in Deutschland)



VORAN: Seit 1991 ist gegen den Irak ein Embargo verhängt. Woraus besteht es und welche Folgen gibt es für das irakische Volk?

Ahmadi: Der gesamte Außenhandel des Landes wurde eingeschränkt. Alle zum Leben notwendigen Importartikel können nicht mehr eingeführt werden, wie Medikamente, Haushaltsgeräte oder auch Autos. Gleichzeitig können Datteln und Öl nicht mehr exportiert werden. Aus dem Irak wurde eine kleine Insel gemacht, die nicht in der Lage ist sich selbstständig zu ernähren. Am schlimmsten sind die Kinder und die Alten betroffen. 35 Prozent der Neugeborenen sterben während des ersten Lebensjahres, während vor dem Embargo Kindersterblichkeit kein Thema im Land war. 90 Prozent der Babies sind krank. Gleichzeitig hat sich die Sterberate unter alten Menschen verdoppelt.

sen wird, über Leichen zu gehen. Um Saddam zu stürzen und einen neuen Irak entstehen lassen, müssen die irakischen Massen selber an den Aufbau von unabhängigen Massennormationen der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen herangehen und die Saddam stürzen und eine sozialistische Demokratie errichten können. Dies ist kein einfacher und kein kurzfristiger Weg, aber der einzige der Frieden führen kann. Von entscheidender Bedeutung wir sein, daß sich die Arbeiter und Bauern des Nahen Ostens über die Ländergrenzen hinweg verständigen und einen gemeinsamen Kampf für eine freiwillige sozialistische Föderation im Nahen Osten führen.

tammangel hervorgerufenen Krankheiten haben sich verdoppelt. Die Apotheken sind leer.

Stimmt die Zahl, daß ein Million Menschen als Folge des Embargos gestorben sind?

Diese Zahl ist von der UNO selber genannt worden. Die wahre Zahl muß deutlich höher liegen. Zum Beispiel sprechen die USA von vier Toten bei den Bombenangriffen. In Wirklichkeit gab es hunderte Tote und Verletzte und noch immer sind nicht alle Leichen aus den Trümmern zerstörter Gebäuden geborgen worden. Aber es gibt nicht nur eine Million oder mehr physisch Tote, sondern ein ganzes Volk, das vom Sterben bedroht ist. Das irakische Volk lebt sterbend und erlebte täglich das Sterben durch Bombenangriffe, durch das Vorgehen der irakischen Polizei durch Hunger.

CWI-Stellungnahme

Bei der Redaktion VORAN kann gegen 2 DM eine Stellungnahme des Komitees für eine Arbeiter-ternationale gegen die Bombenangriffe auf den Irak vom ersten Tag des Militärschlages bestellt werden.

Abwärts!

Weltwirtschaftskrise weitet sich aus

Während an den Börsen Verzweiflung und Begeisterung einander ablösen, geraten immer größere Teile der Weltwirtschaft in die Krise.

Nach der Abwertung des Rubels im letzten August gerieten die Kapitalanleger in Panik: Aktien, Anleihen von Firmen und von Staaten der „Dritten Welt“ wurden massenhaft verkauft, nur noch Staatsanleihen der führenden Industrieländer oder gar Bargeld galten als sichere Anlage.

Durch Zinssenkungen in den USA, eine Finanzspritze für einen von der Pleite bedrohten Großspekulant und ein Hilfspaket für Brasilien wurde ein neuer Aktienaufschwung fabriziert.

Brasilien

Der Abschwung der Weltwirtschaft setzte sich aber fort. Brasiliens Regierung reagierte auf die Finanzkrisen mit Sparpolitik, Steuer- und Zinsserbhungen.

Das stützte die Industrie in die Krise. Im Oktober war die Industrieproduktion um 9,2 Prozent niedriger als im Vorjahr, im Nachbarland Argentinien um 6,4 Prozent. Die Weltwirtschaftskrise, die anfangs zu einer „Asienkrise“ verhamlost wurde, hat sich auf Lateinamerika ausgedehnt. Die Abwertung der brasilianischen Währung im Januar führt zu steigenden Preisen, noch mehr Kapitalabfluß, noch höheren Zinsen und noch tieferer Krise.

Produktionsrückgang und Preisverfall

Die Krise spiegelt sich im fortgesetzten Fall der Rohstoffpreise (als Folge der sinkenden Nachfrage) wider. Der Kupferpreis war 1998 um 27 Prozent niedriger als im Vorjahr, der

Preis zum Jahresende war noch einmal 8 Prozent unter dem Jahresdurchschnitt.

Ähnlich steht es bei anderen Metallen, Erdöl und Nahrungsmitteln. Thailand, der weltgrößte Reisexporteur, erwartet Einkommensverluste der Bauern von 16 Prozent, weil ihre bisherigen Kunden weniger Reis kaufen können. Sinkende Einkommen der Bauern und zugleich wachsender Hunger, das ist die Weisheit des freien Marktes.

Die Krise erfährt zunehmend Industrieprodukte. Durch den Kollaps von Bauwirtschaft und Autoindustrie in Südostasien ist die Nachfrage nach Stahl weltweit gefallen. Trotz eines Produktionsrückgangs von 2,5 Prozent 1998 fielen die

Preise. In den USA gab es wegen Billigimporten aus Japan, Brasilien, China einen Produktionsrückgang um ein Prozent, Arbeitsplatzvernichtung, Kurzarbeit, Pleiten.

In den letzten Monaten ist auch die verarbeitende Industrie in den USA und Europa in die Krise geraten. In den USA wurden dort seit März 1998 272.000 Arbeitsplätze vernichtet, die Kapazitätsauslastung der Industrie war im Dezember so niedrig wie nie seit August 1993.

In Deutschland wurden die Wachstumserwartungen für dieses Jahr immer weiter gesenkt. Die ersten Daten deuten darauf hin, daß die Wirtschaft im letzten Quartal 1998 geschrumpft ist und damit der Beginn der Rezession eingeleitet hat. In den 11 Euro-Ländern insgesamt schrumpfte laut Firmenbefragungen die verarbeitende Industrie zum Jahresende.

Weiter abwärts

In den USA wird das bisher noch durch den Konsumboom

wertgemacht. Aber dieser Boom beruht auf dem Pfändern der Sparkonten (im August 1998 waren erstmals seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre die Schulden größer als die Ersparnisse) und kann deshalb nicht ewig weitergehen. Auch das Zahlungsbilanzdefizit, das 1999 500 Milliarden DM betragen soll und durch die Krise in Lateinamerika noch größer werden kann.

Der dafür erforderliche Kapitalzufluß kann bald versiegen, vor allem, wenn die japanischen Anleger ihr Kapital zurückholen. Denn die japanische

Regierung hat einen riesigen Kapitalbedarf, um ihr Haushaltsloch zu stopfen. 1999 will sie Rekordstaatsausgaben mit Kreditaufnahme finanzieren. Das Ergebnis sind steigende Zinsen, die die Krise verschärfen.

Das zeigt, daß Konjunkturprogramme wie in Japan auch keinen Ausweg aus der Krise beschließen die Regierung zunehmende Handelsbeschränkungen. Indiens Markt wurde mit Billigstahl aus Rußland, Kasachstan und der Ukraine überschwemmt, die Regierung

beschloß im November Zölle. Gefährlicher sind die US-Maßnahmen gegen Stahlimporte aus Japan und die Kampagne der dortigen Stahl-Lobby, die bald zu einem internationalen Handelskrieg führen können. Aber unabhängig von allen Gemisereichen und Dummheiten der Politiker wird sich die Weltwirtschaftskrise 1999 weiter verschärfen und Europa und die USA mit in ihren Strudel ziehen.

Wolfram Klein, Stuttgart



Geschlossene Werkstore des Ford-Werkes in Sao-Paulo: Die Fabrikhallen werden von 3 000 entlassenen Arbeitern besetzt gehalten.

Zwei Sackgassen

Kurdische Diplomatie erfolglos

Der Versuch des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, mit der überraschenden Reise nach Italien einer die EU zur Vermittlung zu bewegen, scheint gescheitert. Nach einer anfänglich freundlichen Haltung hatte die italienische Mitte-Links-Regierung Öcalan zu verstehen gegeben, daß er dort unerwünscht ist und ihn zur Ausreise gedrängt

Claus Ludwig, Köln

Die Führung der PKK hatte versucht, mit einer diplomatischen Initiative aus der Partisanen auszubringen. Die türkische Armee kann die PKK nicht schlagen. Jeder Staatsterroristische Akt der Türkei führt zu verstärkter Unterstützung für die Befreiungsbewegung. Doch auch die PKK-Centrale kann den Kampf nicht gewinnen und die türkischen Einheiten aus Kurdistan vertreiben.

Westlicher Friedenswille?

Die PKK hat in den letzten Jahren mehr und mehr Protestpunkte fallengelassen.

ein unabhängiges Kurdistan zu verzichten und über eine begrenzte Autonomie im Rahmen der Türkei zu verhandeln. Von einem sozialistischen Kurdistan ist schon längst keine Rede mehr.

Dahinter steckte auch die Hoffnung, den kurdischen Befreiungskampf für die „Weltöffentlichkeit“, sprich die westlichen Regierungen, akzeptabel zu machen. Doch diese sind nicht davon überzeugt, daß eine kurdische Autonomie ihnen hilft, die Regionen zugunsten ihrer strategischen und finanziellen Interessen zu stabilisieren. Sie fürchten eine Schwächung ihres türkischen Vorpostens.

Der Krieg ist für sie trotz 40.000 Toten, Hunderttausenden Flüchtlingen, trotz der Zerstörung der Region, offensichtlich das kleinere Übel. Das zeigt das Abservieren von Öcalans diplomatischer Initiative.

Selbst Öcalans Distanzierung von bestimmten Guerilla-Aktivitäten hat bei der EU und den USA kein Interesse wecken können, ihn als Gesprächspartner zu akzeptieren.

Dazu kommt, daß die Probleme Kurdistans nicht gelöst würden, wenn unter der Vermitt-

Autonomie verhandelt werden würde.

Wie in Palästina würden die Imperialisten und die Türkei versuchen, sich auf einen örtlichen Führer wie Arafat zu stützen, der in ihrem Auftrag Polizeiaufgaben wahrnimmt.

Ohne die Enteignung der Großgrundbesitzer, ohne die Aufteilung des Bodens, ohne die Verstaatlichung der Fabriken und dem Aufbau einer von der Arbeiter und Bauern demokratisch geplanten Wirtschaft wird es für das wirtschaftlich rückständige, vom Krieg zerstörte Land keine Entwicklung geben. Türkische und internationale Konzerne würden das Land weiter ausplündern.

Öcalan hatte die USA aufgefordert: „Was ihr für den Süden (Nordirak) gemacht habt, sollt ihr auch für den Norden (türkisch besetztes Kurdistan) machen.“ („Özgür Politika“, Deutschland-Ausgabe, 15. 12. 98). Doch wie sieht es im Nordirak aus? Dort herrschen mit Unterstützung des Westens Stammesführer mittels militärischer Gewalt. Arbeiterbewegungen und Frauen werden unterdrückt, die Wirtschaft ist zerstört. Die Arbeitslosigkeit liegt



Abdullah „Apo“ Öcalan

vor. Sowohl die Streitereien der Kriegsfürsten untereinander als auch die Überfälle der türkischen und irakischen Armeen haben viele Tote und Verwundete hinterlassen.

Der Kampf ist international

Die PKK-Führung hat erkannt, daß der Guerillakrieg trotz des Heldennamens der Aktivist in eine Sackgasse führt. Aber sie ist in die nächste Sackgasse der Diplomatie getannt. Jetzt kündigt Öcalan an, daß er zur, von ihm nur wenige Wo-

rückkehren wird, wenn die Diplomatie scheitert.

Jetzt ist die Zeit für eine umfassende Diskussion über die Zukunft der kurdischen Bewegung. Weder der Guerillakampf allein noch die Diplomatie können eine Lösung bringen. Eine Strategie ist nötig, die die Probleme der kurdischen und türkischen Arbeiter und Bauern aufgreift, einen gemeinsamen Kampf in den Betrieben und Stadtteilen und in den Dörfern vorschlägt, gegen die wirtschaftliche Krise und den Mafia-Staat.

Die Unzufriedenheit in der Türkei ist groß. Noch profitieren oftmals islamistische und faschistische Demagogen davon. Doch linke Parteien und Stadtteile und in den Dörfern kämpferische Gewerkschaften haben in den letzten Jahren wieder an Kraft gewonnen.

In den Städten der Westtürkei leben Millionen kurdische Arbeiter und Jugendliche. Sie können die Brücke zur türkischen Arbeiterklasse sein. Kurdische Revolutionäre und Sozialisten sollten ihre Kraft einsetzen, um die gemeinsame Bewegung aufzubauen. Das bedeutet nicht den Verzicht auf die Forderung für ein unabhängiges Kurdistan, im Gegenteil: eine starke soziale

Bewegung in der Türkei für Arbeiterinteressen und Demokratie ist die beste Hilfe, um den Rückzug der türkischen Armee und ein freies Kurdistan als Teil einer Föderation sozialistischer Länder des Nahen Ostens zu erreichen.

Kasachstan

Amisinhaber Nasertajew hat die manipulierten Präsidentschaftswahlen gewonnen, die von der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ als „grob unfair“ bezeichnet wurden. In der Zwischenzeit geht der Ausverkauf des Landes an westliche Unternehmen weiter, während 75 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Nasertajew hat die Unterdrückung gegen Oppositionelle verstärkt und setzt die Geheimpolizei zur Einschüchterung gegen Gewerkschafter und Mitglieder der Kommunistischen Partei ein. In Kenia wurde die Föderation der freien Gewerkschaften verboten. Der 1997 inhabierte Gewerkschafter und CWI-Mitglied Aynur Kurmanow ist ebenfalls weiterhin Opfer von Einschüchterungsversuchen durch die Geheimpolizei.

Griechenland

Die größte SchülerInnenbewegung seit 1991 rollt über das Land. Über 2.000 Schulen wurden besetzt und am 15. Dezember nahmen 100.000 SchülerInnen an einem Protestmarsch teil. Hochschullehrer planen ebenfalls Streikaktionen. Die Bewegung richtet sich vor allem gegen Versuche der Regierung den Zugang zur Uni-

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schiebt fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Milliarde besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliarde fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltszerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von inner-gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive Antifaschistinnen, kritische GewerkschaftlerInnen, Jungsozialistinnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. Dieses Prinzip wird bei uns selbst umgesetzt.

Solidarität
Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig! Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt: Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiter-Internationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei
Die Abwahl von Kohl war eine Ernüchterung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unvermeid-

lich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Das ist die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus
Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abge-schafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weiter, wie die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine gepaltete Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege, Finanzierung, mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West.
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraf 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten
- ★ Abrüstung jetzt
- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

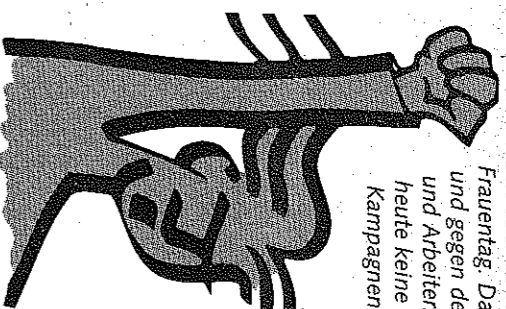
Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Internationaler Frauentag



Seit über 80 Jahren begehen Frauen jedes Jahr am 08. März den internationalen Frauentag. Damals kämpften Frauen um ihr Wahlrecht um den 8-Stunden-Tag und gegen den Ausbruch des ersten Weltkrieges. Seitdem hat sich die Frauen- und Arbeiterbewegung viel erkämpft. Von Gleichberechtigung kann trotzdem heute keine Rede sein. Die SAV hat in verschiedenen Städten zahlreiche Kampagnen initiiert oder mitgetragen, so zum Beispiel die Verhinderung der Schließung des autonomen Frauenhauses in Kassel oder die

Einführung eine Frauennachtaxis in Stuttgart. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (C(WI)) unterstützt den Kampf von Frauen, um ihre Rechte als Arbeiterinnen und als menschliche Wesen, weltweit in Indien arbeiten wir zusammen mit extrem ausgebeuteten TextilarbeiterInnen, in England haben wir erfolgreiche Aktionen gegen miese Stundenlöhne in „Frauen“ berufen durchgeführt. Am 06. und 07. Februar organisieren wir ein internationales Frauenseminar, mit Teilnehmerinnen aus Schweden, Belgien, Deutschland, Österreich, Frankreich, der Tschechischen Republik und aus a Ex-Sowjetunion. Frauen und Männer - beteiligt Euch an den Aktionen zum internationalen Frauentag - kämpft für eine sozialistische Zukunft.

SAV-Bundeskonferenz 1999 am 2. bis 4. April in Köln

Themen:
* neue Regierung, Weltwirtschaftskrise, Aussichten für Deutschland
* SAV-Grundsatzprogramm
* die weitere Arbeit der SAV
* Bericht vom Komitee für eine Arbeiterinternationale
* Arbeitskreise zu verschiedenen Themen
Infos & Anmeldung: 0221 / 13 45 04

Spendenfonds: Schlußspurt zum Ziel

Beim Spendenappell zum Jahreswechsel sind wir auf die Zielgerade eingebogen. Mit eingezahlten 9.321 DM haben wir bisher 60% unseres Ziels von 15.500 DM erreicht (Stand: 19.1.). 7.950 DM davon haben wir bereits zur Finanzierung der Delegation der SAV zum 7. Weltkongress des Komitees für eine Arbeiterinternationale (siehe Bericht in VORAN Nr.201) und zur Unterstützung der Sektionen aus ärmeren Ländern ausgegeben.

Mit 1999 steht uns ein turbulentes Jahr bevor. Die weltweite Wirtschaftskrise beginnt auf Europa und auch Deutschland überzugreifen. Das wird tiefgreifende soziale und politische Auswirkungen haben. Viele arbeitende und arbeitlose Menschen und vor allem Jugendliche werden auf die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen gehen. Diesen will die SAV offensiv die Sozialistische Alternative zum Chaos des Kapitalismus anbieten und mitwirken, den Widerstand zu organisieren. 1999 wollen wir uns mit unserer ganzen Kraft an der Gegenmobilisierung zum Eurogipfel in Köln beteiligen. In mehreren Städten werden wir

Veranstaltungen der SAV zum Internationalen Frauentag:
Stuttgart: Mi. 10.03., 19.30 h „Fu“ kostenlose qualifizierte Kinderbetreuung“
Köln: Sa. 13.03., „Frauen wehren sich - International“
Berlin - Prenzlauerberg: Mo. 08.03. um 19.00h, -Treptow- Köpenick: Mi. 10.03. um 19.00h,
Hamburg: Di. 02.03.,
Rostock: Mo. 08.03. (Ortsangab bzw. Kontakt-Tel. für weitere Infos siehe unten unter SAV-

KandidatInnen bei den anstehenden Kommunalwahlen aufstellen. Wir haben uns also für dieses Jahr viel vorgenommen. Darauf müssen wir uns politisch aber auch finanziell vorbereiten. Deshalb wollen wir die jetzt noch reinkommenden Gelder vom Spendenappell dafür nutzen, unsere finanzielle Reserve wieder aufzufrischen. Also: Jetzt alles für den Endspurt mobilisieren. Wer es bisher versäumt hat zu spenden ist dringend aufgefordert das nach-

Spendenappell zum Jahresende

Bis jetzt: 11.322 DM zugesagt

Schon gespendet?
Bankverbindung: VORAN e.V.
Kto.-Nr.: 2500 59-430
BLZ 360 100 43
Postbank Essen

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen: 09.02. Vollversammlung im Sedan Eck. Bei nicht vom internationalen Frauenseminar
OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: Mittwochs, 19.00 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt-u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro
Berlin: OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfenzentrum, Fernstr. 31, S-Bahnhof Schöne-weide
OG Prenzlauerberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 27, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro
Bremen: Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehr-schloß, Haselbuder Osterdeich 230.
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
Bremenhaven: Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
Dresden: Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
Frankfurt/Main: Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
(040) 76621797
Kassel: 03.02. PKK und Kurdisan
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlacht-Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522
Kiel: Infos unter 0431/6613450
Köln: 04.02 Das Grundsatzprogramm der SAV
16.02 Internationaler Widerstand gegen den EU-WW-Gipfel
Donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Karl-Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle, 1 unter Tel. (0221) 13 45 04
Rostock: 13.02. Seminar „Arbeitslosigkeit, Alternative“
Sozialabbau - es reicht! Für eine sozialistische A-native“
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (04996590 im SAV-Büro
Siegen: Mittwochs, 19 Uhr Uhr im Nordafrikanis-Verein, an der Unterführung 12 (neben der Mott-Infos, Tel.: (0271) 51 291
Stuttgart: Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus N-Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (0711) 24 24 42
Sonstige: Kontakt zu folgenden Städten über SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504; D

"Guten Morgen. Es ist Krieg!"

So lautete die Überschrift des Flugblatts, das am Morgen nach dem Beginn des Bombardements an acht Kasseler Schulen und zwei Uni-Standorten verteilt wurde. Für viele der Schüler und Studenten, die an diesem Morgen ankamen, war dies die erste Information über die Intervention des US-Imperialismus im Irak.

David Schulte, Zivil-dienstleistender, Kassel

Ungeachtet der Frage, wie sie zu dem Bombardement standen, waren alle Leute beeindruckt davon, daß wir quasi „über Nacht“ eine Stellungnahme dazu formuliert und eine so breite Verteilung organisiert haben.

Das wichtigste aber war, daß ein anti-imperialistisches Flug-

blatt existiert hat, bevor die bürgerlichen Medien die Diskussion durch ihre Propagandamassenergie beeinflussen konnten. Die Wut über die Dreistigkeit des „Weltpolitikers“ USA, sogar ohne das Votum des UN-Sicherheitsrates loszuschlagen, war so groß, daß viele Leute das SAV-Flugblatt selbständig weiterverteilten oder sogar grobkopierten und ausgingen.

Wir hatten auch eine Infoline eingerichtet, was dazu führte, daß sich der DGB, der ASIA und die Autonomen bei uns meldeten, um weitere Schritte abzusprechen. Zu dem für den nächsten Tag vorgeschlagenen Treffen kamen etwa 30 Schüler, die zum Teil auf der anschließenden Protestkundgebung

(ca. 150 Leute) unser aktuelles Material mitverteilten (wir hatten die Stellungnahme des Komitees für eine Arbeiterinternationale, in dem die SAV organisiert ist, in ein Flugzeug umgewandelt). Auf der Kundgebung selbst hat ein SAV-Mitglied gesprochen, die Transparente waren von uns organisiert und es wurden 30 VORAN verkauft.

Trotz des faktischen Presseboykotts (die örtliche Monopolzeitung HNA sprach von Schlichterorganisationen) hat sich in diesem Fall gezeigt, daß auch eine kleine Partei, wie die SAV, wenn sie nur schnell reagiert, eine wichtige Rolle in einer solchen Bewegung spielen kann. Wir sollten also bereits frühzeitig diskutieren, wie wir reagieren, falls nach Ende des Ramadan die Bombardierung des Irak wieder aufgenommen werden sollte. ■

Kommunalwahlen

Der SAV-Bundsvorstand hat auf seiner Sitzung im Januar beschlossen, daß die SAV in Aachen, Stuttgart, Rostock und Berlin dieses Jahr bei Kommunalwahlen antreten wird. Kandidaturen in Köln und Siegen sollen noch diskutiert werden. Schon im letzten Jahr hatte sich die SAV für linke Wahlbindnisse in Westdeutschland ausgesprochen und in verschiedenen Städten die PDS darauf angesprochen, während wir in Ostdeutschland, aufgrund der rechten Kommunalpolitik der PDS unabhängig antreten werden. VORAN wird regelmäßig über den Verlauf der Kandidatur-Vorbereitungen berichten.

Stuttgart

Die SAV Stuttgart wird bei den Gemeinderatswahlen im Oktober 1999 kandidieren. Nachdem sich die Alternative Linke Liste/ALL,

ein linkes Wahlbündnis von verschiedenen sozialistischen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen sowohl 1988 als auch 1994 bewährte, versuchen wir auch dieses Jahr, ein Bündnis dieser Art zu gründen. Bis jetzt bestehen die Treffen aus einem Zusammenschluß von Einzelpersonen, andere Organisationen wurden für die nächsten Besprechungen eingeladen. Ob die PDS diese Liste unterstützen wird oder doch eine eigenständige Kandidatur vorzieht, sieht noch aus.

Die geplanten Schwerpunkte des Wahlkampfes liegen bisher auf Bildung und Jugend, gerechter und sozialer Frauempfind, Privatisierungen, Stellenabbau bei der Stadt, Bekämpfung der Armut und gleichen Rechten für alle in Stuttgart lebenden

Gegen

Privatisierung

Die Rostocker SAV macht mobil in der Stadt für die Rücknahme der Haterprivatisierung. Sie bekam positive Resonanz auf einer Belegschaftsversammlung der Beschäftigten und führte eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Ist der Hafen noch zu retten?“ durch. Die ersten gesammelten Unterschriften wurden im Dezember auf einer Bürgerschaftssitzung übergeben.

Aachen

Die SAV Aachen hatte am 7. Dezember linke Organisationen und Gewerkschaftsaktivisten eingeladen, um die Möglichkeit einer gemeinsamen linken Kandidatur auszuloten. Neben Vertretern der PDS waren auch einige linke Gewerkschafter gekommen. Die Notwendigkeit einer linken Alternative zur rot-grünen Mehrheit im Stadtrat wurde von allen Anwesenden betont. Auch die Einigung auf eine politische Plattform wurde als unproblematisch angesehen. Vertreter der PDS, darunter der

Vorsitzende, meinten, sie würden nicht, ob die PDS, angesichts ihrer schwachen Kräfte, überhaupt kandidieren will. Im Falle einer Kandidatur käme aber höchstwahrscheinlich nur eine PDS/Öf-fene Liste in Frage! Das wäre aber kein wirkliches, gleichberechtigtes Wahlbündnis. Die endgültige Entscheidung fällt die PDS auf ihrer Mitgliedererversammlung Anfang Februar. Sollte die PDS ein Wahlbündnis ablehnen, trägt sie die Verantwortung für zwei oder mehr linke Kandidaturen. Die SAV hat sich längst offen für eine Kandidatur entschieden. In welcher Form diese Kandidatur jetzt durchgeführt wird, hängt von der PDS ab.

Caetan Kayitare, Aachen

ren Niveau. Es gibt nun zwei Möglichkeiten für die Kapitalisten hier Krisenmanagement zu betreiben: Erhöhung der Profitraten auf den Gütermärkten durch angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Privatisierungen, Umverteilung von unten nach oben), dies soll die Investitionsgüternachfrage erhöhen, oder durch nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik (Deficit Spending, Umverteilung von oben nach unten), dies soll die Konsumgüter- und die Staatsnachfrage erhöhen. Der große Haken hierbei liegt auf der Hand: Er liegt weder darin, daß die Konsumgüternachfrage nur ein Fünftel der Gesamtnachfrage (Konsumgüter-, Investitionsgüter- und staatliche Nachfrage) ausmacht - denn natürlich hängt die Investitionsgüternachfrage stark von der Konsumgüter-

Abonnieren VERSCHENKEN

JA, ich möchte die VORAN abonnieren!

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Geschenk-Abo befristet, 10 Ausgaben zu 25 DM unbefristet
Ich verschenke das Abo. Bitte an folgende Adresse liefern:

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:
___ DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift _____

Kontonr./ Bank/ BIZ _____

Ort, Datum, Unterschrift _____

Am 29. Mai nach Köln! Demo gegen EU-Gipfel

Am 3. und 4. Juni wird in Köln der Gipfel der Regierungschefs der Europäischen Union stattfinden. An diesem Tag werden die hohen Herren darüber beraten, wie sie den ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen mit verteilten Kräften das Geld aus der Tasche ziehen können.

Gegen diesen Gipfel wird am 29. Mai eine europaweite Demonstration stattfinden, die unter anderem von den Euromarshälen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung organisiert wird. Die SAV und ihre internationale Organisation, das

Info-Material unter (0221) 134504 anfordern!

Neue Abonnenten für die VORAN: bisher 119

Ziel 400 bis April
Heute schon abonniert?

hier ist im wesentlichen die hohe Konsumentenverschuldung zu nennen und nicht der „Kaufrausch der Aktionäre“.
Lorenz Blume, Kassel

Leserbrief

Liebe Redaktion,

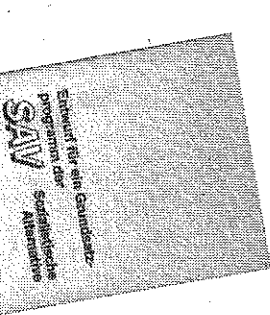
Hier ein paar Überlegungen zum Artikel „Wunderwaffe Konsum“ von Wolfram in der letzten VORAN. Was ist der Kerngedanke der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik (Keynesianismus), wie sie jetzt wieder von Teilen der Bourgeoisie vorgeschlagen wird? Keynes hat in den 30er Jahren richtig erkannt, daß im Kapitalismus nicht automatisch genug kaufkräftige Nachfrage entsteht, um alle produzierten Güter und Dienstleistungen zu konsumieren (Ablehnung des sogenannten Saynschen

auch Finanzmärkte bestehen, auf denen die Kapitalisten in Krisenzeiten höhere Profite erzielen können als auf den Gütermärkten. Dort zirkuliert das Kapital und es kommt zu struktureller Überakkumulation, die sich in Überkapazitäten auf den Gütermärkten und Arbeitslosigkeit ausdrückt. Vor den gleichen Problemen steht die Weltwirtschaft gegenwärtig, in vielerlei Hinsicht ist die Situation des Kapitalismus heute

wir es hier mit dem klassischen Dilemma kapitalistischer Wirtschaftspolitik zu tun: Jede Form der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik beschneidet die staatliche- und die Konsumgüternachfrage (Sparpolitik, Umverteilung von unten nach oben) und senkt so wieder die Profitraten auf den Gütermärkten, jede Form der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik erhöht die Produktionskosten der Unternehmen (Finanzierung staatlicher Nachfrage durch Steuererhöhungen, Erhöhung der Lohnkosten, Inflation bei staatlicher Kreditaufnahme) und senkt so ebenfalls die Profitraten auf den Gütermärkten. In einer Volkswirtschaft, in der die Profitraten in Konkurrenz zu anderen Unternehmen keine Rolle spielen

Broschüren

Neu:
Das Grundsatzprogramm der SAV (Entwurf),
Das Programm wird auf der Bundeskonferenz im April 1999 verabschiedet werden.
16 Seiten,
DIN A 4, 2, - DM



VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 202 Februar 1999

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der

SAW

Sozialistische Alternative

Stoppt den Amoklauf der CDU gleiche Rechte für alle

Die CDU/CSU sah schon des öfteren die abendländische Kultur von Fremden bedroht. Dieses Mal ist gar die Rede vom „Umsturz“ (Rupert Scholtz, Rechtsexperte der CDU) und von „noch größerer Gefahr als der RAF“ (Edmund Stoiber CSU, bayerischer Ministerpräsident).

Gaetan Kayitare, Aachen

Die CDU hat zu einer großen Heztkampagne gegen hier lebende Ausländer geblasen. Spätestens der Beifall und die Unterstützungangebote von REPs, NPD und der DVU machen deutlich, wessen Geistes die CDU tief. Nach Protesten aus den eigenen Reihen wird nun scheinheilig die Heztkampagne als Integrationskampagne verkauft.

Die geplante doppelte Staatsbürgerschaft ist weder „revolutionär“ wie die grüne Ausländerbeauftragte meint, noch bedeutet sie den Untergang Deutschlands, wie die CDU behauptet. Sie bedeutet aber eine Einbürgerungsvereinfachung und damit auch eine bessere rechtliche Stellung für viele Ausländer. Kein Schlangensiehen für ein Visum, wenn man in den Urlaub fahren will, keine erniedrigenden Auseinandersetzungen mit den Ausländerbehörden nach 20 Jahren Aufenthalt in Deutschland. Der Doppelpaß befreit von der Angst, doch irgendwann in ein für viele unbekanntes „Heimland“ abgeschoben zu werden und vom Dilemma, entweder auf eine Erbschaft in dem Ursprungsland oder auf den deutschen Paß zu verzichten.

Knaupp 4 der 7,4 Millionen AusländerInnen leben hier länger als 8 Jahre und kämen in Frage für die Einbürgerung, wenn nicht die Hindernisse eingebaut wären. Es ist höchste Zeit, am Vorabend des 21. Jahrhunderts, das verstaubte, auf Blut und Abstammung basierende Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913 zu ändern.

Wasser auf die Mühlen der Neonazis

Was treibt die CDU auf die Straße? Es wäre sehr naiv zu glauben, die CDU würde aus der Überzeugung handeln, die doppelte Staatsbürgerschaft würde das Fundament Deutschlands bedrohen. Auch unter der CDU-Regierung wurde die doppelte Staatsbürgerschaft mehrfach verprochen, vor allem an

Ausländern. Es geht der CDU nicht ums Prinzip. Die CDU handelt allein aus wahltaktischem Grund: sie fürchtet das Wahlverhalten der „neuen Bürger“. Die jetzige Hezze zeigt auch, daß die Union die letzte Wahlmiederlage nicht verdaut hat und nun versucht, Wähler vom rechten Rand zu gewinnen.

z. B. bei den hessischen Landtagswahlen im Februar. Dabei schürt sie die Ausländerfeindlichkeit und nimmt eine weitere Stärkung der Neonazis in Kauf. Sie hat sich bereits 1991 als geistige Brandstifterin betätigt:



aus: Aachener Nachrichten, 14.01.1999

Nach Protesten und Konsequenzen, auf denen man Zeit recht eifrigige Formulierungen manchen, dementsprechend gesteuert für 30-jährige junge Leute gegenüber Vorgesetzten der Union bei der doppelten Staatsbürgerschaft. Foto: Harald Köhner

Rassismus-Vorwurf gegen die CDU „Doppel-Paras“

Von Heidemarie Heimbach
Ernst Schmiedecke
Aachen: Weder das Thema noch die Umgebung konnten erwarten, Ort 10 erreicht. Junge Leute demonstrieren.

angereicher hat, ist rasch. Die CDU sollte sich daran erinnern, daß sie Anfang der neunziger Jahre schon einmal Wasser auf die Mühlen der Faschisten gegossen hat.
Auf der sicheren Seite vertritt sich indes CDU-Chef Dr. Herwig

CDU wenn zum Beispiel Innenminister Schily betzt: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“

Gleiche Rechte für alle

Die Unterschriftenaktion der Unionsparteien hat bereits erste Wirkung gezeigt. Das Einbürgerungsgesetz wird von Rot-Grün mit zahlreichen Hindernissen versehen. Es wird „Verfassungsstreu“ verlangt, was nichts anderes ist als eine generelle politische Einschlich-

damals keine ausreichende Chance zum Erlernen der deutschen Sprache erhalten haben. Sie sollten nur auf Zeit bleiben, aber keine Dauergäste sein: sie sollten kommen und gehen, wie es die Wirtschaft verlangt.

„Beschränke man die Industrie auf inländische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine große Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehrten sich dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen könnte man ausländische Arbeiter in einem solchen Fall ohne weiteres abstoßen.“, wußte bereits das preussische Handelsministerium 1895. Rot-Grün hält sich weiterhin brav an die „Teile- und Herrsche“-Taktik des Kapitalismus. Die Mehrheit der hier lebenden Ausländer bleibt bei der Einbürgerung außen vor und wird so zu Ausländern zweiter Klasse. Ihre rechtliche Lage wird sich verschlechtern, denn bald wird es heißen: „Willst Du gleiche Rechte, dann werde doch Deutscher“, wohlwissend, daß die meisten Ausländer die gestreckten Händen nicht erreichen können.

Rassismus bekämpfen heißt, sich für gleiche Rechte für alle und für die Abschaffung aller Ausländergesetze einsetzen.

Gemeinsamer Kampf.

Die von allen etablierten Parteien jahrelang betriebene Ausgrenzung und Kriminalisierung hat tiefe Spuren und Verunsicherung in der Gesellschaft hinterlassen. Die Unterschriftenaktion fügt sich da nahtlos an und verspricht viel Erfolg: 53 Prozent lehnen laut Emnid-Umfrage die doppelte Staatsbürgerschaft ab, wobei ein Drittel gar nicht weiß, wovon es geht. Die Sorge der Menschen um ihre Arbeitsplätze und die Angst vor wachsender Armut werden von der CDU/CSU auf die Ausländer gelenkt anstatt auf die Verantwortlichen für die Massenarbeitslosigkeit und für die gigantische Umverteilung von unten nach oben. Die Propaganda der CDU/CSU hat das Ziel, deutschen Arbeitnehmern und Arbeitslosen vorzugaukeln, daß Ausländer die eigentliche Bedrohung seien. So wird die Illusion gepflegt, man hätte einen Job oder mehr Sozialhilfe, wenn die Ausländer nicht wären. Nur ein gemeinsamer Kampf von Deutschen und Ausländern gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau und die Rücknahme der Kürzungen aus

Wer hat Recht auf Einbürgerung

- AusländerInnen nach acht Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland.
- Kinder ausländischer Eltern erhalten mit der Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit.
- ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder
- Minderjährige bis zum vierzehnten Lebensjahr reist ist und über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt
- Minderjährige AusländerInnen wenn sie seit fünf Jahren hier leben und mindestens ein Elternteil ein befristete Aufenthaltserlaubnis hat.
- Mit deutschen verheiratete AusländerInnen nach jährigem Aufenthalt in Deutschland und wenn d mindestens über zwei Jahre besteht.

Alles vorausgesetzt, man ist verfassungstreu, nicht beistlos, nicht Sozialhilfeempfänger und nicht v straft.

Unsere Forderungen

- Einführung eines uneingeschränkten Asylrechts für alle Flüchtlinge
- Keine Abschiebungen, Auflösung der Abschiebeknäste. Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen
- Bekämpfung der Fluchtursachen statt der Flüchtlinge; Schluß mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der Banken und Streichung aller Schulden der Länder der 3. Welt
- Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen
- Bezahlbare Wohnungen für alle, Auflösung von Sammelunterkünften, stattdessen menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge
- Kostenlose Sprachkurse für alle Nichtdeutschen
- Weg mit dem Verbot der PKK und deren verbotenen kurdischen Organisationen
- Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ab 16 Jahre
- Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, ImmigrantInnenorganisationen und linke Parteien
- Keine Plattform für Faschisten in den Medien
- Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen
- Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne
- Für eine linke Opposition gegen EURO und EWU